

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal excl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Seußleigstraße 80, Stuttgart.

Organ des Verbandes
der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Inserate
pro Spaltige Pettzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

N^o 45.

Stuttgart, den 5. November 1898.

14. Jahrgang

Verbandsmitglieder! Werbet, agitirt, gewinnt neue Mitglieder für den Verband!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Den Mitgliedern zur Kenntnisaufnahme, daß vom 1. November ab bei der Zahlstelle Kaufbeuren Unterstützung verabsolgt wird.

2. Von der Bildung einer Zahlstelle in Tilsit, wie solche in der Nummer 43 des Organs bekannt gegeben, ist vorläufig wieder abgesehen worden.

3. Die Zahlstellen- und Gauevollmächtigten werden ersucht, umgehend die noch rückständigen Abrechnungen fürs dritte Quartal fertig zu stellen und an die Verbandskasse einzusenden, damit nicht eine direkte öffentliche Mahnung notwendig wird.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: A. Dietrich.

Wegweiser durch das neue Innungsgesetz.

IV.

Für alle Innungen, die einer und derselben Aufsichtsbehörde unterstehen, kann ein Innungsausschuß gebildet werden. Obligatorisch ist dieser Ausschuß nicht. Innungen, die derselben Aufsichtsbehörde nicht unterstehen, können einen Innungsverband bilden, aber keinen Ausschuß wählen.

Der Innungsausschuß muß für sich ein Statut haben, welches von der höheren Verwaltungsbehörde (Regierung) genehmigt sein muß. Dasselbe muß Bestimmungen enthalten über Name, Sitz und Aufgaben des Ausschusses, über die Bedingungen der Aufnahme und des Austritts, über die Bildung und Befugnisse des Vorstandes und der Versammlungen, über die Beiträge und über die eventuelle Auflösung des Innungsausschusses.

Den Innungsausschüssen können nach dem neuen Gesetz im Gegensatz zu früher Korporationsrechte verliehen werden, sie dürfen unter ihrem Namen Rechte erwerben, Klagen und verklagt werden. Sie dürfen Fachschulen und Arbeitsnachweise errichten, Schiedsgerichte einsetzen, aber keine Innungskrankenkassen gründen, da hierzu nach § 73 des Krankenversicherungsgesetzes nur Innungen berechtigt sind.

Der Innungsausschuß kann, vorausgesetzt, daß er nur freie Innungen umfaßt, gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe, Einkaufsgenossenschaften zc. errichten. Wenn dem Ausschuß aber auch Zwangsinnungen angehören, ist das ausgeschlossen, da diese nach § 100 n solche Einrichtungen nicht haben dürfen.

Die Innungsausschüsse unterstehen außer der Aufsichtsbehörde auch der Handwerkskammer; den gesetzmäßigen Anforderungen der letzteren haben sie Folge zu leisten. Fassen sie ungesetzliche Beschlüsse oder kommen sie den statutarischen Pflichten nicht nach, kann die Schließung seitens der Regierung erfolgen.

Bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit eines Innungsausschusses haftet derselbe den Gläubigern mit seinem ganzen Vermögen, außerdem wird der Ausschuß kraft Gesetzes geschlossen. Im Uebrigen wird

mit der Verwendung des noch eventuell vorhandenen Vermögens in gleicher Weise verfahren, wie bei Auflösung einer freien Innung (§ 98 Abs. 1 und § 98a).

Zu einer nennenswerthen Bedeutung werden es die Innungsausschüsse nicht bringen und nicht bringen können, weil ihre Existenz ganz von den Beiträgen der Innungen abhängt und diese ohnehin genug der Kosten aufzubringen haben. Außerdem kommt in Betracht, daß sie auch von den Beschlüssen der Handwerkskammer abhängig sind, eine selbständige Stellung also gar nicht einnehmen können.

Die Einrichtung der Innungsausschüsse bestand im alten Gesetz, wenn auch fast ohne welche Rechte, und da ist sie mit in das neue Gesetz übernommen worden. Der Austritt einer Innung aus dem Innungsausschuß ist nur am Schluß des Rechnungsjahres nach vorausgegangener dreimonatlicher Kündigung zulässig.

Wenden wir uns nun der Handwerkskammer, der wichtigsten im Gesetz vorgesehenen Einrichtung zu.

Soweit heute bekannt, soll in Preußen für jeden Regierungsbezirk eine Kammer errichtet werden, welchem Beispiel die übrigen Bundesstaaten folgen dürften. In mehreren Bezirken hat die Wahl der Vertreter zur Handwerkskammer bereits stattgefunden. Die Zahl der Mitglieder wird durch das Statut bestimmt, welches von der Landeszentralbehörde zu erlassen ist. Bisher haben wir ein Statut noch nicht gesehen. Die Vorschläge bezüglich der Zahl der Vertreter schwanken, soweit wir die Berichte verfolgten, zwischen 20—32, und zwar dürfte sich die Zahl der Vertreter nach der Zahl der Ortschaften und Innungen richten, für die eine Handwerkskammer errichtet werden soll. Ueber den Wahlmodus bestimmt die Wahlordnung Näheres:

Gewählt werden die Mitglieder der Handwerkskammer von Handwerksinnungen (ganz gleich, ob Zwangs- oder freie Innungen), und zwar nur seitens der Innungsvorstände.

1. Wählbar ist nur, wer das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat;
2. wer zum Amt eines Schöffen fähig;
3. wer im Bezirk der Handwerkskammer ein Gewerbe selbständig betreibt, und
4. die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen besitzt.

Jede Handwerkskammer wählt sich einen Vorstand. Dieser vertritt die Kammer gerichtlich und außergerichtlich. Ueber jede Aenderung in seiner Zusammensetzung und über das Ergebnis der Wahl hat er binnen einer Woche der Aufsichtsbehörde (Polizei) Anzeige zu machen.

Der Handwerkskammer in ihrer Gesamtheit steht mindestens die Beschlußfassung über folgende Punkte zu:

1. Die Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse.
2. Die Feststellung des Haushaltsplanes, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung, die

Bewilligung von Ausgaben, soweit solche im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, sowie die Aufnahme von Anleihen.

3. Die Abgabe von Gutachten und Anbringung von Anträgen bei den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften über Gegenstände, welche die Gesamtinteressen, insbesondere die Gesetzgebung über die Verhältnisse des Handwerks betreffen.
4. Der Erlass von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.
5. Die Wahl des Sekretärs. Soll die Anstellung für mehr als 6 Jahre erfolgen, so ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich.

Wichtig ist, daß die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens der Genehmigung der Landeszentralbehörde (Minister für Handel und Gewerbe) bedürfen und veröffentlicht werden müssen. Zu jeder Sitzung der Handwerkskammer, des Vorstandes derselben und der Ausschüsse ist ein von der Aufsichtsbehörde (Polizei) bestellter Kommissar einzuladen. Dieser muß auf Verlangen gehört werden und hat das Recht, jederzeit von den Schriftstücken der Handwerkskammer Einsicht zu nehmen, Gegenstände zur Verathung zu stellen, und die Einberufung der Handwerkskammer und ihrer Organe (Vorstand, Ausschüsse) zu verlangen. Er kann auch die Beschlüsse der Handwerkskammer und ihrer Organe in aufschiebender Wirkung beanstanden, wenn die Befugnisse überschritten oder die Gesetze verletzt wurden. Ueber solche Beanstandung entscheidet nach Anhörung der Handwerkskammer die Aufsichtsbehörde (untere Verwaltungsbehörde, Magistrat, Gemeinderath).

Wie zu den Innungen, ob freie oder Zwangsinnungen, sind auch zu den Handwerkskammern Gesellenausschüsse zu wählen. Wie schon oben gesagt, werden diese nur aus Mitgliedern der Innungsausschüsse gewählt. Die Mitglieder des Gesellenausschusses brauchen nicht alle an dem Orte der Handwerkskammer wohnhaft zu sein, vielmehr können dieselben in den verschiedensten Orten gewählt werden; dies gilt natürlich auch für die Arbeitgeber. Wenn das Statut der Handwerkskammer bestimmt, daß der Gesellenausschuß aus fünf oder sieben Personen bestehen soll, so kann aus fünf oder sieben Orten des Regierungsbezirks je ein Vertreter des Gesellenausschusses gewählt werden, dem laut Statut Versammlung und Reisekosten gewährt werden müssen. Oft wird die Handwerkskammer im Jahre nicht zusammentreten, höchstens drei Mal auf je ein oder zwei Tage. Die Haupttätigkeit wird in die Sitzungen des Vorstandes und der Ausschüsse (Ausschuß für das Lehrlingswesen, für das Herbergwesen, den Arbeitsnachweis, Prüfungsausschüsse, Beauftragte u. s. w.) verlegt werden. Diese werden aber selbstverständlich auch nicht alle an einem Orte wohnen. Es heißt zwar in § 103c, „daß die Zahl der Mitglieder und die Vertheilung auf die einzelnen Gesellenausschüsse durch das Statut der Handwerks-

kammer bestimmt wird, jedoch wird auch den Gesellen in kleineren Orten ebenso Rechnung getragen werden müssen, wie den Arbeitgebern in solchen. Gut ist es auf alle Fälle, wenn, sobald die Gesellenausschüsse für die Innungen gewählt sind, auch je ein Mitglied der gesamten Innungs-Gesellenausschüsse an einem Orte als Vertreter in die Handwerkskammer nominiert wird, damit, wenn seitens der höheren Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident) die Wahl angefeht ist, man sich über die bei der Wahl in Frage kommenden Personen schlüssig ist. Dies vorzubereiten muß Sache der Gewerkschafts-kartelle sein.

Daß so schnell wie möglich schon heute an die Wahlvorbereitungen zu den Gesellenausschüssen gedacht werden muß, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Die Behörden nehmen keine Veranlassung, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, wann die Vorbereitungen getroffen werden müssen. Es heißt einfach: wenn die Zwangs- oder freie Innung gebildet und der Vorstand gewählt ist, dann auch die Wahl des Gesellenausschusses unter Leitung eines Vorstandsmitglieds der Innung oder eines Vertreters der Aufsichtsbehörde stattzufinden hat. Im Musterstatut heißt es, daß zur Wahl alle Wahlberechtigten mindestens (24) Stunden vor dem Wahltermin einzuladen sind. Selbst wenn die Frist auf eine Woche ausgedehnt werden sollte, was aber kaum geschehen dürfte, ist es unmöglich, noch eine Verständigung herbeizuführen. Es empfiehlt sich also durchaus, schon jetzt sich mit der Frage zu beschäftigen und die Personen, welche die Gesellen in den Ausschüssen der Innungen und der Handwerkskammer vertreten sollen, zu nominieren, damit eine Ueberrumpelung und Ueberhaftung vermieden wird. Es sei noch bemerkt, daß jeder großjährige, 21 Jahre alte Geselle, welcher bei einem Mitglied der Innung beschäftigt ist, wählbar und wahlberechtigt ist. Ausgenommen sind die Gesellen, deren Arbeitgeber nur für ihre Person der Innung als Mitglieder angehören (siehe darüber den vorigen Artikel. D. R.). Im nächsten Artikel kommen wir auf die Innungsverbände zurück.

Der Stuttgarter Parteitag und die Gewerkschaftsinteressen.

Wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die für sich selbst auf die politische Aktion innerhalb der Gewerkschaften verzichten müssen, naturgemäß auch jedem Parteitag derjenigen Partei, die als Vertreterin der politischen Klasseninteressen der Arbeiter anerkannt ist, ein großes Interesse entgegenbringen, so war doch seit dem Kölner Parteitag keiner so wichtig für sie, wie der vorliegende, der nicht bloß zu protestieren hatte gegen die beabsichtigte Entwerfung des Koalitionsrechts, sondern auch entscheiden mußte über so manche andere das gewerkschaftliche Interesse berührende Fragen. Vor Allem boten die Auseinandersetzungen über revolutionäre und reformerische Taktik für die Gewerkschaften insofern wichtige Anknüpfungspunkte, als sich dabei der Streit auch um die Gewerkschaftsbewegung und um ihre Förderung drehte. Schon Wochen lang vorher war die Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktion in die Erörterungen hineingezogen worden, so daß es manchmal den Anschein hatte, als ob den Gewerkschaften ein zweites Köln bevorstehen könnte. Je mehr sich die Vertreter der einen Richtung zu Beschützern der Gewerkschaftsinteressen aufwarfen und ihre Stellung als Rücksichtnahme auf diese darzutun suchten, desto gründlicher glaubte die andere Richtung den Gegenbeweis zu führen, indem sie den Gewerkschaften jede Zukunft absprach, ihre Tätigkeit und ihre Arbeiterkämpfe für den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus gelegen bezeichnete. Auch auf dem Parteitag kamen die Gewerkschaften in diese Zwischfälle zwischen Reformern und Nurrevolutionären und wäre es zur Abstimmung gekommen, so hätte nicht viel gefehlt, daß man sie mit den sogenannten praktischen Politikern zusammen in einen Korb geworfen und in die Ecke gestellt hätte. Daß die Gewerkschaftsbewegung bei den tatsächlichen Fragen im Mittelpunkt des Streites stand, ist an sich ein Beweis ihres wachsenden Einflusses; seit 1893 hat sich aber in Folge der segensreichen Tätigkeit derselben bei manchem einseitigen Po-

litiker die Erkenntnis durchgerungen, daß die Gewerkschaften im Klassenkampfe ebenso nützlich als notwendig sind. In sachlicher Hinsicht dagegen wurden die Gewerkschaften sowohl von der einen, als auch von der anderen Seite falsch beurteilt, wenn man ihnen lediglich ein Interesse für die sogenannte praktische Politik untersah und von ihnen einen Verzicht auf die revolutionären Endziele des Klassenkampfes befürchtete.

Allerdings bedürfen die Gewerkschaften einer praktischen Politik, die ihnen die Hindernisse zu ihrer freien Entwicklung, die Koalitions- und vereinsgesetzlichen Schranken aus dem Wege räumt, die sie vor Angriffen auf ihre wenigen Rechte schützt und sie durch gesetzliche Fixierung des Errungenen, durch Arbeiterkämpfe in ihrem Wirken unterstützt, denn ihre Tätigkeit ist von diesen praktischen Grundlagen abhängig, und insofern sie für eine wirtschaftliche Erhebung und Kräftigung der Arbeiterklasse kämpfen, stehen sie freilich zunächst auf dem Boden der heutigen Gesellschaft. In dieser Beziehung hat aber die politische Aktion vor der gewerkschaftlichen nichts voraus. Auch sie bedarf der praktischen Politik, der Sicherung des Wahl- und Versammlungsrechts, des Selbstverwaltungs- und Budgetrechts und der sehr praktischen Vorarbeit der Gewerkschaften, ohne welche sie doktrinär würde und den realen Boden unter den Füßen verlor. Die gewerkschaftliche Aktion ist deswegen nicht weniger revolutionär, weil ihr im Klassenkampfe die nächstliegende Aufgabe, der Guerillakrieg mit dem Unternehmertum, zufällt; sobald diese Aufgabe als notwendig erkannt ist, ist sie ebenso ein Teil der revolutionären Aktion, wie die Propaganda für die letzten Ziele. Trotzdem ist nichts Irriger, als wenn man die Gewerkschaften um solcher praktischer Tätigkeit und um des Eintretens für sofortige Reformen willen kein Interesse für diese letzten Ziele zuerkennt. Die letzten Ziele des proletarischen Klassenkampfes sind die vollständige Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer Ausbeutung der Lohnarbeiter zu Gunsten einiger Kapitalbesitzer und die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne einer sozialistischen Gütererzeugung und Güterverteilung und aller damit verbundenen gesellschaftlichen Beziehungen. Wenn irgend Jemand aus allernatürlichster Konsequenz für diese Ziele eintreten muß, so sind es gerade die Lohnarbeiter, die ja die Folgen des gegenwärtigen Produktions- und Gesellschaftssystems tagtäglich am eigenen Leibe spüren. Die Lohnarbeiter sind die historischen Revolutionäre, die eigentlichen Träger der revolutionären Interessen, und die Gewerkschaften sind reine Lohnarbeiterorganisationen und als solche von dem gleichen revolutionären Geiste befeelt, wie irgend ein Nurevolutionär, wenn ihnen auch die Rücksichten auf Gesetz und Arbeitsteilung nähere Ziele stecken. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind noch allezeit die Kerntruppe des Klassenkampfes gewesen; aus ihren Reihen gingen zahlreiche Führer des politischen Kampfes hervor und noch heute belieben Gewerkschaftsführer wichtige politische Posten. Und zudem ist der gewerkschaftliche Kampf durchaus kein über Kreislauf ohne Ziel und Ende, sondern er hat seine Etappen und Endziele so gut, wie der politische Kampf, und wenn die Gegner jede gewerkschaftliche Forderung zur Klassenfrage machen und in jedem gewerkschaftlichen Erfolg einen Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat erblicken, so beweisen sie mehr Einsicht in die revolutionäre Bedeutung des gewerkschaftlichen Lohnkampfes, als manche anderer eigenen Parteigenossen, die die Kritik über den Angriff, die Wrause über die Tat stellen. Noch grundloser ist die Befürchtung, daß der gewerkschaftliche Kampf zur Versumpfung des Klassenkampfes führen könne. Trotzdem wir in Deutschland seit drei Jahrzehnten Gewerkschaften haben, ist der Gegensatz zwischen ihnen und dem Unternehmertum und dem kapitalistischen Staat nicht milder, sondern schärfer geworden, das beweisen die brüskierten Maßnahmen der Arbeitgeberverbände bei jedem Streik und die drohende Zuchtbausvorlage.

Anderes verhält es sich jedoch mit jenen Ueberläufern, die weber Lohnarbeiterinteressen, noch proletarischen Klassenbewußtsein besitzen, sondern sich aus idealen Regungen der Sozialdemokratie angeschlossen, um ihr Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl zu demonstrieren, um den Arbeitern zu helfen, ihnen ihr Wissen und Können zur Verfügung zu stellen. Vielfach akademisch gebildet und daran gewöhnt, für jeden Mißstand ein Gegenmittel in petto zu haben, Theoretiker des täglichen Bedürfnisses, statt des Lebensinteresses und Klassenkampfes, stellen diese guten Leute sich auf den Boden einer bloßen Opportunitätspolitik und glauben sich geringfügig über die Endziele des Klassenkampfes hinwegsetzen zu können. Wenn diese Leute einmal das WC der

Gewerkschaftsagitation einigermaßen begriffen und in Gewerkschaften einige Tagesfragen besprochen haben, so glauben sie, eine Analyse der Gewerkschaften geben zu können und fühlen sich vielleicht gar zu deren Reformatoren berufen, zumal wenn sie eine kleine Gemeinde von Anhängern um sich geschaart haben, die auf ihre Weisheit schwören. Sie können dann vom besten Willen befeelt sein, aber sie haben, da ihnen ein proletarisches Interesse nicht innewohnt, sich in eine falsche Ansicht über Partei und Gewerkschaften hineingelegt, haben sich in einen Kreis von Reformideen hineinverirrt und glauben mit dem Rechte der freien Meinungsäußerung sich denselben Einfluß verschaffen zu können, wie jeder andere Urtheilende. Mit diesen Nurreformern wird es noch manche Auseinandersetzung geben, zumal der Stuttgarter Parteitag keinen die eine oder andere Richtung ausschließenden Beschluß fassen konnte. Wenn sie sich aber auf die Gewerkschaften berufen, so ist das ein Beweis, daß sie die wahre Natur und Interessen der Gewerkschaften falsch beurteilen. Den Letzteren ist mit keiner Kompromiß- und Kalminirungspolitik gebietet, sie verlangen nicht Kamillereformen und ähnliche Beruhigungsmittel, sondern ihre Forderungen stehen so sehr im Einklang mit den Endzielen des Klassenkampfes, daß sich daraus ganz von selbst der Keim von Mehrforderungen ergibt.

Die Resolution, die der Parteitag nach dem Referat Fischers über das bedrohte Koalitionsrecht beschloß, wurde in diesem Blatte schon mitgeteilt, sie zeichnet sich durch ihre klärende Fassung aus und wird in der Propaganda, die jetzt zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen entfaltet werden muß, gute Dienste leisten. Besonders werthvoll ist die Anerkennung, daß die gewerkschaftliche Organisation ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist; es steht im Einklang mit unserer Auffassung, wie wir sie vor und nach dem Kölner Parteitag stets vertreten haben.

Auch die Zoll- und Handelspolitik läßt die Gewerkschaften nicht unberührt; handelte es sich doch in den Auseinandersetzungen des Parteitages um die Entscheidung, ob unsere Industrie oder einzelne Industrien noch des Zollschutzes bedürftig seien und ob industrielle Zölle für die Arbeiter förderlich oder hinderlich seien. Der Parteitag nahm hier eine vermittelnde Stellung ein; prinzipiell erklärte er sich als Gegner jeder Zollpolitik, da sie den inländischen Konsum zu Gunsten der Unternehmer belaste, und er hielt es für unvereinbar mit der internationalen Solidarität, den ausländischen Arbeiter gegenüber dem deutschen noch tiefer herabzudrücken. Aber er läßt die Möglichkeit offen, daß es einzelne Industrien geben könne, die eines Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz bedürftig seien und trug derselben durch die Einschlebung der Umilderung „im Allgemeinen“ in die kautschische Resolution Rechnung. Wenn hier trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten die Gegensätze weniger scharf waren, so kam es daher, daß trotz aller Gegnerschaft zum Schutzzoll nur die Wenigsten daran dachten, die Partei zur Freihandelspartei zu machen.

Wie alljährlich, so lag auch diesmal dem Parteitag eine große Reihe von Anträgen vor, die der Fraktion des Reichstags für die bevorstehende Session zur Nichtsahnur dienen sollten. Einer derselben, der die reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes und die Anstellung von aus Arbeitern gewählten Berginspektoren forderte, wurde als selbständiger Punkt der Tagesordnung behandelt und führte zur Annahme einer längeren Resolution. Die übrigen, die sich u. A. auf den Achtstundentag, auf die Gewährung des Koalitionsrechts für Landarbeiter, Aufhebung der Gefindensordnungen, praktische Landarbeiterpolitik, auf die Zuchtbausvorlage u. s. w. bezogen, wurden der Fraktion überwiesen. Letzteres geschah nicht mit einem Antrag der mecklenburgischen Genossen, der ein Reichsvereinsgesetz forderte. Der Parteitag lehnte ihn unter der Begründung Singer's, daß hier die Reichseinheit die preussische Pöbelhaupe bedeute, ab.

Von gewerkschaftlichem Interesse ist noch die Annahme eines Antrags, wonach die Parteipresse verpflichtet wird, von Unternehmern, über die von ihren Arbeitern oder Organisationen Streit oder Sperre verhängt worden ist, während der Dauer derselben Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen. Dieser Beschluß füllt eine längst empfundene Lücke aus, und wenn ein Redner des Parteitages um dessen Ablehnung ersuchte, um Keizerien zwischen den Gewerkschaften und den Preßkommissionen zu vermeiden, so

sind wir im Gegentheil der Meinung, daß gerade durch die Annahme Neigungen vermieden werden können, weil es für manche Preßkommissionen, die sich schwer in gewerkschaftliche Interessen hineinbeugen können, erst eines maßgebenden Beschlusses bedarf, um die richtige Stellung innezuhalten.

Nicht Jeder mag durch die Stuttgarter Verhandlungen und Beschlüsse befreit sein. Bereits jetzt zeigt sich, daß die Meinungsverschiedenheiten über Taktik, Zollpolitik u. Lustig weiter ausgetragen werden. Aber vergessen wir nicht, daß mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung auch die Unterschiede zwischen Milieu, Interessen und Temperamenten wachsen und daß es immer schwerer wird, alle diese verschiedenartigen Elemente der gleichen Taktik unterzuordnen. Trotz der bewährten Disziplin ist die Arbeiterbewegung kein Herdengedankenloser Herdennaturen, die bloß den Kadavergehorsam kennen, sondern denkender Menschen, die Interesse, Erkenntnis oder Sympathie zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zusammenschleichen. Mögen Temperamentsunterschiede hinsichtlich der Agitation und Taktik bestehen — die werden sich nie beseitigen lassen —, so muß doch Allen, die in der Arbeiterbewegung als Führer oder Soldaten wirken, das gemeinsame Ziel klar vor Augen schweben — die Beseitigung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Bernische Bilder aus Süddeutschland

von E. R.

I. Die Stuttgarter und der Tarif.

Nächst Leipzig ist Stuttgart diejenige Stadt, welche an der Einführung des Tarifs das größte Interesse hat oder doch wenigstens haben müßte, denn hier sind die Verhältnisse den Leipziger am ähnlichsten: Große Buchbindereien, zahlreicher, geschulter Arbeiterstamm und immer weiteres Vordringen der Stückarbeit. Was war daher natürlicher, als daß auch von Stuttgart den folgenden unterm 15. Mai d. J. erfolgten Vorschlägen des Verbandsvorstandes zugestimmt wurde:

1. Der Leipziger Tarif wird in den außer Leipzig in Betracht kommenden Städten mit den daselbst gezahlten Preisen in Vergleich gebracht. Um dieses zu ermöglichen erhält jeder Werkstufen-Vertrauensmann in den betreffenden Zahlstellen ein Exemplar des gedruckten Tarifs eingehändigt. Der Vertrauensmann holt nun bei den verschiedenen Abteilungen genaue Auskünfte ein und vermerkt bei den jeweiligen Preisen in dem Geschäft gefundenen Abweichungen mittels Eintrag der bittersten Zahl an die im Tarif befindliche Zahl (also Preisangabe). Hierdurch kann genau festgestellt werden, was für jede einzelne Arbeit und bei den jeweiligen Stückzahlen in dem betreffenden Geschäft bezahlt wird.

2. Die Werkstufen-Vertrauenspersonen haben bis zu einem von der Zahlstelle bestimmten Zeitpunkt ihre Nachfragen und Eintragungen zu erledigen. Sie treten an diesem Zeitpunkt zusammen, wählen eine Kommission unter sich oder aus den am Orte vorhandenen tätigen und praktisch erfahrenen Berufsangehörigen, die die gewonnenen Aufnahmen vergleicht, die gefundenen Abweichungen feststellt und die sich ergebenden Durchschnittspreise wiederum den gedruckten Zahlen in einem Exemplar des Leipziger Tarifs beilegt. Hierdurch wird der jeweilige bei den einzelnen Arbeiten am Orte festgestellte Durchschnittspreis mit den Leipziger Preisen in ihren Abweichungen für den betreffenden Ort leicht erkennlich.

3. Die Kommission unterbreitet nun ihrerseits einer Vertrauenspersonen-Versammlung die Resultate ihrer Zusammenstellungen. Diese prüft dann, ob bei den einzelnen Zahlen Änderungen notwendig werden, das heißt, ob die jeweiligen Preise im Leipziger Tarif oder wie am Orte gezahlt zu ändern wären. Die durch Majoritätsbeschluß ergebenden Änderungen werden eingetragen und gelten als Vorlage des betreffenden Ortes für eine folgende Konferenz von Vertretern der verschiedenen Städte, welche beim Tarif interessiert sind.

4. Der Verbandsvorstand beruft auf etwa Mitte August eine Konferenz nach Leipzig (oder andere Stadt) ein, an welcher Vertreter der Gehilfenschaft der Hauptpläne unserer Branche teilnehmen; die Wahlen der Vertreter erfolgen in allgemeinen öffentlichen Buchbinder-Versammlungen und sind die Kosten der Vertretung örtlich aufzubringen. Bei dieser Konferenz wird eine gemeinsame Verabreichung der einzelnen Positionen vorgenommen unter Vergleich der verschiedenen örtlichen Differenzen in den Preisen, um auf Grund der Verabreichungen eventuell einheitliche Sätze ermöglichen zu können. Sollten die technischen Einrichtungen und örtlich zu berücksichtigenden Verhältnisse besondere Rücksichten erfor-

dern, so könnte die Konferenz bei einzelnen Positionen des zu schaffenden Normaltarifs prozentuale Lokalaufschläge vorsehen, die dann als besondere Bestimmung dem allgemeinen Tarif beizufügen wären.

5. Ist bei solcher Konferenz etwas Einheitliches geschaffen, dann finden im Anschluß hieran an den jeweiligen Orten Zusammenkünfte mit Buchbindereibestkern gemeinsam statt, um auch deren Ansichten und Vorschläge zu hören; eventuell wäre noch eine weitere Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter aller in Betracht kommenden Orte in Aussicht zu nehmen, bei welcher eine endgültige Feststellung des Tarifs vorgenommen würde.

In diesen fünf Punkten ist allen Berufsangehörigen in allen Orten, die einen Tarif benötigen, der weiteste Spielraum gelassen, um ihre besonderen Wünsche formulieren zu können. Nachdem durch eine gewählte Kommission in Stuttgart die Vorarbeiten insofern erledigt waren, als in allen in Betracht kommenden Werkstufen (mit einer Ausnahme) die bisher üblichen Akkordpreise festgesetzt waren, wurde für Sonnabend den 22. Oktober eine öffentliche Versammlung aller Buchbindereiarbeiter und -Arbeiterinnen abgehalten mit der Tagesordnung: „Der Leipziger Tarif und seine Bedeutung für Stuttgart“, zu der ich als Referent berufen war. Ich habe gute Gründe zu der Annahme, daß außer mir wohl noch die Kollegen unserer großen Druckstädte einen sehr zahlreichen Besuch einer so wichtigen Versammlung erwartet hatten, da doch die Stellungnahme der Stuttgarter Kollegen von entscheidendem Einfluß auf die Einführung nicht des Leipziger Tarifs, wohl aber eines zu schaffenden allgemeinen Tarifs sein wird, mögen sie nun dafür oder dagegen sein.

Wer so dachte, wer da annahm, unsere Stuttgarter Kollegenschaft würde ihrer Pflicht, so oder so Stellung zur Tarifrage zu nehmen, in einer großen impopulanten Versammlung nachkommen, der war sehr auf dem Holzwege, denn kaum 200 Personen waren anwesend. Wohl oder übel wird man sich meine Behauptung gefallen lassen müssen, daß ich die Fähigkeit besitze gerade über die Tarifrage zu referieren, wofür als Beweis sprechen mag, daß von keiner Seite in eine grundsätzliche Kritik meines Referats eingetreten, wohl aber eine im Sinne meiner Ausführungen gehaltene Resolution angenommen wurde. Aus guten Gründen führe ich dies an. Denn im Laufe der Versammlung wurde es von verschiedenen Seiten bemängelt, daß die Buchbinderei der „Union“ sich geweigert hätte ihre Akkordpreise mitzutheilen, worauf nach Hin- und Widerrede seitens des Kollegen E. Maier von der Union die Erklärung abgegeben wurde: er würde dafür sorgen, daß in der nächsten Mügligkeits-Versammlung die Union mindestens durch zwei Drittel der dort beschäftigten Kollegen vertreten sein würde, worüber ich meine lebhafteste Freude äußerte, indem dadurch der Fessler wegen Nichtergabe der Akkordpreise wieder gut gemacht würde. Diese Sache spielte sich in einer ruhigen Weise ab, wenn auch hier und da ein scharfes Wort gewechselt wurde, wie es in jeder Versammlung vorkommt. Aber die Angelegenheit sollte noch ein Nachspiel haben, die, wenn sie in der Weise weiterbehandelt wird, zu der Befürchtung Veranlassung giebt, sie könne zu den größten Streitigkeiten führen und die Tarifrage für Stuttgart völlig bei Seite schieben.

Am folgenden Montag fand nämlich auf Veranlassung des Kollegen Maier eine Werkstufenversammlung der Union statt, in der er das Thema sich gesetzt hatte: Die Bedeutung des Leipziger Tarifs für die Werkstube Union. Das wäre ja an sich sehr schön gewesen, allein Kollege Maier sprach fast gar nicht über den Tarif, desto mehr kot er aber seine ganze Verehrsamkeit auf, um die in der öffentlichen Versammlung geschenehen Angriffe als etwas noch nie Gewesenes darzustellen und die Unionisten zu vernichtendem Kampfe aufzubieten. Wollen die Kollegen der Union sich gegen ihnen ungerecht dünkende Angriffe verteidigen, so mögen sie das thun, keinesfalls dürfen sie dies aber mit der Tarifrage verquicken, wie es leider seitens ihres Werkstufenreferenten und einzelner Redner geschah. Will übrigens Jemand über die „Bedeutung des Leipziger Tarifs“ sprechen, so kann man billiger Weise eine Kenntnis derselben voraussetzen; will ferner Jemand den Vorwurf erheben, ich habe nichts Neues in meinem Referat vorgebracht, ja, das was für Stuttgart wissenswert sei verschwiegen und es wäre somit besser gewesen, der Verbandsvorstand hätte einen Stuttgarter als Referenten genommen, so kann man wohl mit Fug und Recht verlangen, daß er dies in der allein zuständigen öffentlichen Versammlung vorbringt und nicht nachträglich in einer Werkstufenversammlung, deren

Theilnehmer meistens gar nicht jener ersteren Versammlung beigewohnt hatten und aus den verzerrten, zusammenhanglosen Ausführungen Maiers erst recht sich kein klares Urtheil bilden konnten. Zwar hat sich Maier damit entschuldigt, eine Mandelanschwellung hätte ihn in der öffentlichen Versammlung von Sprechern abgehalten, merkwürdiger Weise hinderte ihn diese am Montag immer noch vorhandene Mandelanschwellung aber nicht daran, ein langes Referat zu halten, mehrfach in die Diskussion einzugreifen und, trotzdem er selbst von der Redefreiheit den ausgiebigsten Gebrauch gemacht, auch noch — aller parlamentarischen Gepflogenheit zuwider — den Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen, also Anderen das Wort abzuschneiden.

Nachdem der Antrag angenommen, eröffnete Maier aber trotzdem die Diskussion wieder, durch Begründung eines zur selben Angelegenheit gestellten Antrags! Ja, wo ist es denn Sitte, nach Schluß der Debatte auch noch Anträge zu begründen? Und dann diese glänzende Auffassungsgabe, diese ewigen Mißverständnisse! So legte Maier meine Aeußerung in der öffentlichen Versammlung: „Auch die Kollegen der Union würden durch den Gang der Entwicklung und aus eigenem Interesse über kurz oder lang dazu gezwungen werden, sich mit der Tarifrage zu beschäftigen“, dahin aus, ich hätte gedroht, „wenn die Unionisten nicht wollten, so würde man sie zwingen für den Leipziger Tarif einzutreten.“ Aus meiner Aeußerung in der Werkstufenversammlung: „Die Leipziger beabsichtigen bei einer Tarifrision, die Preise für das Fertigmachen der Halbfranzbände durchschnittlich um 1 Mk. zu erhöhen“, hatte Maier herausgehört: „Die Leipziger hätten die verrückte Idee, sich für das Fertigmachen der Halbfranzbände 1 Mk. mehr zahlen zu lassen wie bei Leinwandbänden!“ Ich führe diese Beispiele unter vielen deshalb an, um zu zeigen, wie Kollege Maier versteht aus- und unterzulegen und dann gegen derartige „lächerliche“ Bestrebungen vom Leder zu ziehen.

Von den versteckten Anspielungen, daß ich nur aus Gastsfreundschaft in der Werkstufenversammlung gebudelt sei, diese Gastsfreundschaft aber durch Zuspätkommen (was ohne meine Schuld geschehen war) eigentlich nicht recht zu würdigen genügt hätte, will ich um so lieber absehen, als lobend anerkannt werden muß, daß nach der Versammlung mehr als einer der Kollegen der Union ihre Unzufriedenheit mit einer derartigen Auffassung der Gastsfreundschaft und der Tarifrage kundgab, wie mir auch volle Redefreiheit gewährt wurde. Durch den Mund des Vorsitzenden wurde mir versichert, ich könnte ruhig die Ueberzeugung mit nach Leipzig nehmen, daß die Unionisten, wenn es gelte, ihren Mann stellen würden. Ich glaube es ihm; ich nehme sie aber auch sofort beim Wort. Die Tarifrage ist der Prüfstein dafür. Sie ist so wichtig, daß sie nicht mit oberflächlicher, den Kern der Sache gar nicht berührender Behandlung abgethan werden kann, man lernt sie aber auch nicht begreifen, wenn man den Leipziger Tarif einmal flüchtig durchgeblättert hat. Vor allen Dingen darf man diese Frage nicht mit anderen, durchaus nicht dazu gehörigen Sachen verquicken. Nachdem einmal von Stuttgart aus die Vorschläge des Verbandsvorstandes acceptirt wurden und auch die letzte öffentliche Versammlung, zu der alle Interessenten eingeladen waren, eine dementsprechende Resolution angenommen hat, heißt es auch die speziellen Wünsche nicht allzusehr in den Vordergrund zu schieben.

Welche Bedeutung hat ein Tarif für Stuttgart? Diese Frage ist doch sehr einfach beantwortet. Haben die horigen Kollegen einmal Forderungen gestellt, welche Arbeitszeit und Zeitlohn regeln, so ist doch die notwendige Ergänzung eine Festlegung der zu zahlenden Preise für die Stückarbeit, soll nicht hier die Anarchie wieder das verberben, was auf erstem Gebiete errungen wurde.

Es ist eine blanke Thatsache, daß in Stuttgart die Massenarbeiten (die sogenannten Bibliothekbände) bedeutend unter Leipziger Tarifpreisen bezahlt werden, wenn hingegen andere Arbeiten im Durchschnitt besser wie die Tarifpreise sind, so wird das für die Leipziger ein Ansporn sein, sie für sich ebenso günstig zu gestalten, während Stuttgart umgekehrt die ersten Preise in die Höhe treiben muß. Mit gutem Willen wird dies ebenso wohl, wie eine Ausgleitung der Gegensätze überhaupt möglich sein. Dazu ist eine ruhige Aussprache die erste Vorbedingung, die zugleich die noch vorhandenen Unklarheiten beseitigen wird, denn daß letztere mehr als das Eigeninteresse eine gesunde Auseinandersetzung verhindern, ist mir in der angezogenen Werkstufenversammlung ohne Weiteres klar geworden. Un

es kurz auszudrücken: Wir Alle, mögen wir in Stuttgart, Leipzig oder Berlin arbeiten, haben das lebendigste Interesse daran, daß

1) eine geregelte, möglichst kurze Arbeitszeit überall durchgeführt und Ueberzeitarbeit demgemäß besser bezahlt wird;

2) der Zeitlohn für Arbeiter und Arbeiterinnen erhöht und möglichst gleichmäßig gestaltet wird, denn dadurch verhindern wir am wirksamsten das Ueberwuchern der billigeren weiblichen Arbeitskraft über die männliche;

3) durch Festsetzung und Festhaltung gleichmäßiger, möglichst guter Stückpreise für Arbeiter und Arbeiterinnen unsere Lage gehoben und die Schmutzkonzurrenz beseitigt wird;

4) unsere Organisation an Zahl und Macht wächst, um unsere Interessen in wirksamer Weise wahren zu können.

Arbeiten wir auf diesem Boden, dann werden wir auch die richtigen Mittel finden, um unsere Ziele zu verwirklichen. Niemals darf unsere Bewegung verkümmern oder auf ihren Lorbeer ausruhen, denn gewaltige Aufgaben harren ihrer, die wirklich des Schweißes der Edlen werth sind. Niemand von uns, sei er wer es wolle, darf die Hände in den Schoß legen oder sich schmolend bei Seite stellen, sondern Jeder muß sich als lebendiges Glied der Organisation fühlen, muß helfen und kampfesfroh einstimmen in den Ruf: Hoch unsere Bewegung! Hoch die Organisation! Hoch der Tarif! Dann wird unser der Sieg trotz alledem!

Zum Streik der Buchbinder in Wien.

Nachdem die Buchbinderbesthaber durch ihren Starrsinn den Arbeitern und Arbeiterinnen einen mehrwöchigen Kampf aufgezwungen, sahen sie schließlich doch ein, daß es besser ist, sich in Unterhandlungen einzulassen. Es wurde eine unter dem Vorstich des Regierungsraths Herrn M. Kulla tagende Kommission gebildet, die aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt, sich mit Ausgleichsverhandlungen beschäftigte. Das Ergebnis dieser gemeinsamen Beratungen war für die Streikenden günstig, denn es kam zu folgendem Uebereinkommen:

Neunzehnstündige Arbeitszeit. Der Minimallohn wird prinzipiell bewilligt. Für Ungelernte wird der Minimallohn im ersten Jahre 7 fl. pro Woche, nach einem Jahre 9 fl. pro Woche betragen. Die übrigen Arbeiter, die professionell herangebildet sind, erhalten einen Minimallohn von 10 fl. pro Woche. Arbeiterinnen erhalten (ungelernte) in den ersten vierzehn Tagen 2 fl. 50 kr. pro Woche, bis zu drei Monaten 3 fl. pro Woche und sodann aufsteigend bis zu einem Jahre 6 fl. pro Woche. Spezialistinnen erhalten einen Minimallohn von 8 fl. pro Woche.

Für Arbeiten außer Haus wird eine 25 prozentige Erhöhung bewilligt.

Die Unternehmer stimmen der Aufstellung einer gemeinsamen Tarifkommission zu, die die Akkordpreise regelt. In den Fabriken werden Arbeiterausschüsse (sogen. Fabrikausschüsse) gewählt und aufgestellt. Gegen das Vertrauensmänner-system wird nichts eingewendet.

Die Ueberstunden werden mit 20 Prozent Erhöhung für die erste und zweite Stunde, mit 30 Prozent Erhöhung für die dritte Stunde bezahlt.

Der 1. Mai wird nach vorhergehendem Ansuchen der Majorität der in einer Werkstätte beschäftigten Arbeiter freigegeben.

Wegen der Beteiligungen an dem Streik wird Niemand entlassen.

Am 30. Oktober tagte im Gasthaus „Zur blauen Weintraube“ die entscheidende Versammlung der Streikenden. Dieselbe erklärte sich einstimmig mit den Zugeständnissen einverstanden, wie auch eine vorhergegangene Vertrauensmänner-versammlung die Zugeständnisse als annehmbar befunden hatte. Das Uebereinkommen bezieht sich auf 24 Unternehmer, welche ca. 1300 Personen beschäftigen. Der Erfolg ist um so schätzenswerther, als gerade die 24 größten Unternehmer die Bewilligten sind, die sich kartellirt und beschloffen hatten, keinerlei Zugeständnisse zu machen. Sie hatten sich eben verrechnet, denn ihre Erwartung, daß schon am zweiten Montag die Arbeit bedingungslos aufgenommen wird, schlug gründlich fehl. Nur in der größten Werkstätte, bei Scheibe, kamen in der zweiten Woche die Ausständigen „wie die Schafe“ (frei nach Scheibe) an ihre alten Plätze zurück. Einer dieser Herdenhirten war von Scheibe bestochen worden, einige Tage mitzutreten und dann die Anderen wieder mit

„herein zu ziehen“. Dieser Plan war ihm geglückt. In den anderen Buben gab's solche Jammergestalten nicht, wenigstens waren sie nur vereinzelt zu finden. Bei der Firma Schläpfs & Co. wurden zwei fromme Brüder Streikbrecher, auch kam der in Stuttgart sehr bekannte Mar Kohn mit seiner Geliebten als Streikbrecher in das genannte Geschäft. Kohn (ein geborener Oesterreicher) hatte mit seinem Bruder gemeinsam einige Zeit eine Buchbinderei in Stuttgart betrieben, brückte letzteren dann hinaus und beschaffte sich einen anderen Theilhaber. Dieser war so vorständig sein Geld sicher zu stellen, und da Kohn ohne Vermögen war und ihm klar wurde, daß es ein Schächchen nicht zu scheren gab, schied er aus, ließ seine Frau sitzen und begab sich mit einer Geliebten nach Wien, wo Beide nun als Streikbrecher sich bei den Buchbinderarbeitern und Arbeiterinnen wohlverdiente Verachtung erworben haben.

Bei den 24 größten Firmen wird seit 31. Oktober wieder gearbeitet, nachdem die oben genannten Bewilligungen erfolgt sind. Wie es bei den kleineren Geschäften aussieht war bei Niederschrift dieses noch nicht bekannt, am 30. Oktober hatten auch die nicht kartellirt gewesenen Meister eine Zusammenkunft, hoffentlich haben auch sie Vernunft angenommen.

Die streikenden Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen Wiens können von ihren Erfolgen betrieblig sein. Sie haben heiß gerungen, der Kampf führte auch zu einem sie ehrenden Abschluß. Ist auch nicht jeder Forberungspunkt voll durchgeführt, später kann das Fehlende nachgeholt werden, zu einem Kampfe werden es die Wiener Unternehmer nicht leicht wieder kommen lassen.

Aus Italien.

Die Zeitung „Le Arti grafiche“ veröffentlicht folgende Bekanntmachungen:

In die Buchbindersektionen!

Es wird allen Interessenten bekannt gemacht, daß die Zeitung „Il Legatore“ am 20. Oktober das Licht wiedersehen wird, dessen Herausgabe nach den Unruhen im vorigen Mai aufgehoben wurde.

Wie wir schon in der Nr. 4 der „Arti grafiche“ vorausgesetzt haben, wird diese die letzte Ausgabe sein. Dieselbe wird Propaganda-Artikel und die Schlußabrechnung dieser Zeitung enthalten; wir werden den Artikel „L'arte del Legatore“ (Die Kunst des Buchbinders) veröffentlichen und was man schon im Feuilleton zu publizieren angefangen hatte, nämlich den schönen Bericht über die Organisation der Buchbinder von Leipzig, welcher von Kollege Eberhardt aus jener Stadt geschrieben wurde.

Es wäre unser Wunsch, daß diese letzte Ausgabe, die wir, wenn es uns möglich sein wird, in einem größeren Format herausgeben werden, für die Propaganda benutzt werden sollte, indem man diese den Mitgliebern und Nichtmitgliebern ausfolgt; um dies zu erleichtern, haben wir deshalb bestimmt, diese Nummern zu 2 Lire pro 100 Stück zu verkaufen.

Diesem Wunsch, die die Zeitung wünschen oder uns Manuskripte zusenden wollen, belieben Alles an: Magliano Gualberto, P. Romana 55, Mailand, zu adressieren.

Zufendungsfrist 10. Oktober, für die Manuskripte sowie Nachfragen an Zeitungen.

P. S. Den Bestellungen ist der entsprechende Betrag beizufügen.

Die Redaktion und Administration der Zeitung „Il Legatore“.

Kameraden!

Unsere Desorganisation ist groß, sehr groß; das hat man schon tausend Mal gesagt, und damit dieselbe verschwindet oder wenigstens sich vermindert, hat man bis jetzt sehr wenig gemacht.

Es ist wahr, die Propagandakommission der Buchbindersektion aus Mailand hatte für die Organisation der Buchbinder eine sehr wirksame Arbeit angefangen, dieselbe konnte jedoch ihre Arbeit nicht fortsetzen wegen Mangel an Mitteln. Die Buchbindersektion aus Mailand opferte voriges Jahr circa 400 Lire für die Propaganda; diese wurde insbesondere in Mailand gemacht, viel jedoch durch Briefe und Druckfachen auch im ganzen Italien; was opferten aber die anderen Sektionen?

Ja, sie haben für die Herausgabe der einzelnen Ausgabe „Pro Tariffa“ bei Erscheinung der Zeitung „Il Legatore“ mitgearbeitet; was ich jedoch meine, ist, daß man nicht genug mitarbeitete, um unsere Organisation zu verbessern. In den Schreiben, welche in den

Brief der Propagandakommission gelangten, war immer dieselbe Muße: „Wir haben versucht unter den Buchbindern Propaganda zu machen, aber diese verstehen uns nicht und wollen sich nicht organisieren“, ebenso machten unsere Kameraden außerhalb Mailand dieselben Erklärungen. Daß es eine große Unwissenheit unter den italienischen Kollegen giebt, muß ich sehr konstatieren, daß es jedoch unmöglich ist, dieselbe zu vermindern, wenn man sie nicht verschwinden lassen kann, will ich nicht zugeben.

Man muß beharrlich sein mit unserer Propaganda, wenn man einen Erfolg erzielen will, und auf diese Weise wird es uns gelingen, uns besser zu organisieren und unsere Kollegen von der Nothwendigkeit unseres Verbandes zu überzeugen. Die mit uns verbündeten Typographen haben kleinere oder größere Organisationen in allen Städten Italiens, während wir nur drei besitzen. Ich will jetzt hier nicht nachforschen, vor daran schuldig ist, sicher sind Alle ein wenig schuldig; nur scheint es mir, daß alles sich jetzt verändern muß. Die Redaktion dieser Zeitung verspricht, daß sie uns genügenden Raum für unsere Propaganda lassen wird, diesen sollen wir deshalb benutzen; wir müssen Alle mitarbeiten und alles aufbieten, damit die Zeitung gelesen wird und unsere Schreiben verstanden werden.

Auf also, Kameraden, ans Werk; gute Federn und tüchtige Mitarbeiter werden nicht fehlen, welche mit ihren Artikeln alle Leser interessieren werden. Man wird jedoch die Propaganda nicht gänzlich durch die Presse machen; die Hilfe der Kollegen für die örtliche Propaganda ist ebenso nöthig; wir müssen einmal wirklich und ernst anfangen und nicht mehr untätig bleiben in der Erwartung, daß Andere unsere Arbeit machen. Wir sind direkt interessiert und müssen deshalb das Mögliche thun, um die wirtschaftliche Lage unserer Klasse zu verbessern. Die Buchbinder in Deutschland haben eine mächtige Organisation zu bilden verstanden und bloß die Sektion von Leipzig zählt 1230 Mitglieder; diese Organisation haben sie selbst geschaffen und nicht erwartet, daß die Typographen ihnen dieselbe machten. Die Buchbinder, man kann sagen was man will, sind Menschen, ebenso wie alle Anderen; es giebt darunter die Unwissenden und die Gebildeten, die Gewissenhaften und die Ungewissenhaften, wie bei allen Arbeiterklassen; ich bin jedoch der Meinung, daß, wenn die wenigen Bereitwilligen sich ernst ans Werk setzen, es gelingen wird, auch bei uns diese Buchbinder zu organisieren.

Um die Propaganda-Arbeit für unsere Organisation zu beginnen, wäre es da vielleicht nicht wünschenswerth, ein Propaganda-Nationalkomitee zu ernennen, welches von jedem Mitglied jeder Sektion oder Untersektion durch einen kleinen wöchentlichen Beitrag unterstützt, die Leitung dieser Arbeit führen sollte? Daselbe wird die örtlichen Komitees zu ihrer Pflicht ermutigen können, wird denselben zeigen, wo sie sich hauptsächlich beschäftigen sollen, und es ist zu hoffen, daß seine Arbeit eine nutzbare wird, auch um die von uns so erwartete italienische Buchbinder-Föderation (Verbindung) zu bilden.

In Nr. 870 der Zeitung „Lavoratore del Libro“ (Arbeiter des Buches), in einem Artikel, wo er die italienische Organisation mit der deutschen vergleicht, brückt der Kollege S. Romanelli der Buchbindersektion von Rom den Wunsch aus, daß ein Propagandakomitee aus den organisierten Sektionen und von denselben unterstützt, das ganze Italien bereist, um Sektionen zu organisieren. Diesen Wunsch hatte er schon im Jahre 1896; da jedoch nur die mailändische Sektion, sonst keine andere, sich dafür ein wenig interessirte, blieb dieser ohne Erfolg. Eigentlich ist es schwer, denselben zur Ausführung zu bringen, wegen der großen Ausgabe, welche dieser unseren Sektionen verursachen würde; ein Nationalkomitee, wie ich es vorschlage, wäre von einer leichteren Ausführung und würde weniger zu kosten kommen. Es ist zu hoffen, daß es wenigstens 500 organisierte Kollegen in Italien giebt; wenn nun die Komitees sich wöchentlich 1 Cent. von jedem Gesellschafter herauszahlen ließen und dieses Geld für die Propaganda einzahlten, würde der jährliche Betrag sich auf 260 Lire belaufen, was eben für die Arbeit, die man zu machen verlangt, genügen würde: nämlich man sollte in einer lebhaftesten Korrespondenz mit den Buchbindersektionen, Sektionen oder Untersektionen und örtlichen Propagandakomitees verbleiben, damit diese ihre Pflicht erfüllen; man sollte ferner diese Propaganda mit Rundschreiben unterstützen.

Es wäre außerdem auch zu bestimmen, wo es am besten wäre, daß dieses Nationalkomitee seinen Sitz haben sollte; vorher ist es jedoch notwendig zu wissen, ob dieser Vorschlag angenommen wird.

Sch hoffe, daß man meinem Vorschlag einen freundlichen Empfang bereiten wird und daß dieser wenigstens zu anderen ausführbaren und nutzbareren Vorschlägen ermuntert, wenn er auch nicht angenommen wird.

Erwachen wir also, Kollegen, aus diesem gefühllosen und gleichgültigen Schlafe und setzen wir uns ans Werk für unsere Organisation.

Mailand, September 1898.

G. Magliano.

Und der Tarif!

Offener Brief an die Mailänder Buchbinder!

Im Jahre 1897 hatte unter Euch eine Unruhe begonnen wegen der Einführung einer Taxe, welche als Grundlage das tägliche Minimalgehalt und die Maximalzahl der Arbeitsstunden hatte, und die Sachen ein wenig in Ordnung bringen, sowie die Lage verbessern sollte.

Dieses hat man aber nicht machen können, denn gerade wie man sich ans Werk setzen wollte, ereignete sich der trauervolle Aufruhr des vorigen Mai, welchem eine wilde und unsinnige Verfolgung nachkam, die uns es unmöglich machte, für dieses Jahr dieselbe einzuführen.

Zu, es giebt immer diejenigen, die boschafte Erklärungen darüber machen; man wird Euch sagen, daß man wegen dieses oder jenes Grundes diese Taxe niemals einführt und inzwischen machen unsere Chefs was ihnen am besten gefällt.

Die Kollegen, die solche Erklärungen machen, haben gewiß eine große Schuld, denn wenn unsere Sektion irgend eine Taxe nie einführen konnte, geschah das eben wegen diesen Kollegen, die immer tabelten, was die anderen machten, und nie verstehen wollten, sich zu organisieren, um an der Verbindung mitzuhelfen, damit diese ihren Zweck erreicht, nämlich: „Die Einführung und Beobachtung der Taxe.“

Diejenigen, die murren, sind immer dieselben; sie möchten kein Opfer bringen und die Vortheile genießen, welche man durch Einführung der Taxe haben kann; es ist deshalb notwendig dieselben zu überzeugen, daß es nützlich ist, daß sie sich organisieren, wenn so lange man getrennt ist, wird man auch nichts erzielen.

Es nützt nichts, daß wir uns über unsere Verhältnisse beklagen, wenn wir nicht denken diese Lage zu verbessern; auf diese Weise wird diese sich für uns immer verschlimmern.

Wir wollen also diese Taxe für das nächste Jahr lassen, und in der Hoffnung, daß uns die Berechtigung zur Wiederherstellung der Sektion bald gegeben wird, wollen wir schon jetzt beschließen, unserer Pflicht als Gesellschafter nachzukommen, indem wir versuchen werden unsere Verbindung stark zu machen, um den Zweck wirklich zu erreichen.

Es ist also klar, Kollegen, daß die Pflicht gegen Euch selbst ist: „Organisation und thätige Theilnahme an der Propaganda“, denn Ihr sollt auf keinen Anderen hoffen als auf Euch selbst.

Mailand, 18. September 1898.

Berto Majan.

Korrespondenzen.

In Braunschweig und Magdeburg befinden sich die Buchbinder in einer Lohnbewegung. Nach dort ist Zugzw fernzuhalten!

Zugzw ist fernzuhalten von Wien und Christiania!

In Wien ist vorläufig die Abgabe von Reiseunterstützung eingestellt.

Gelder zur Unterstützung der Streikenden in Wien sind zu senden an Hans Kriess, Wien V/1, Rübigerstraße 5.

Aus Orten innerhalb Deutschlands nimmt der Verbandskassier: E. Hauelsen in Stuttgart, Heustelgstraße 30 III, Gelder für Wien entgegen.

Tifit (Distr.) Da seit unserem letzten Winterfeste nichts von uns zu hören war, so will ich heute von unserem Orte ein kleines Lebenszeichen geben, um die auswärtigen Kollegen auf dem Laufenden zu halten.

Der Geschäftsgang ist bis zum heutigen Tage ein guter zu nennen, denn eine arbeitslose Zeit hat es eigentlich in diesem Sommer nicht gegeben, es konnten sogar noch in einem Geschäft Kollegen eingestellt werden. Solches kam ja unserem Verbands sehr zu statten, indem keine Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung kam und einige Kollegen dem Verbands zugeführt werden konnten. Die Löhne sind ebenfalls gestiegen. Von 15 Kollegen gehören 11 unseren Reihen an, welcher Bestand sich auch immer erhalten wird. Lehrlinge werden hier gerade nicht zu viel ausgebildet. Mädchen werden ca. 40—45 mit Buchbinderarbeiten und Dütenfabrikation beschäftigt.

Am 10. September konnten wir im neuerbauten Saale von Jakobstruß unser erstes Sommerfest feiern; durch persönliche Zwistigkeiten (welche wieder längst beigelegt sind) nahmen nicht alle Kollegen daran theil. Das Fest verlief zu Aller Zufriedenheit und haben wir uns die Gunst unserer Gäste vollständig erhalten.

Da wir seit einem Jahre nach Königsberg i. Pr. Steuern, die hiesigen Mitglieder aber mit dieser Zahlstelle durchaus nicht zufrieden sind, weil eine zu große Lausheit dort eingegriffen ist, so haben wir uns entschlossen, dies Verhältnis zu lösen. Zur Bildung einer Zahlstelle sind zwar genügend Mitglieder vorhanden, da eine solche aber nach Meinung älterer Kollegen sich nicht lebensfähig vor der Hand erhalten würde, so wird vorläufig noch der Gedanke der Gründung einer Zahlstelle für verfrüht erachtet. Die diesbezügliche Bekanntmachung des Vorstandes beruht auf einem Irrthum.

Unsere immer noch bestehende Vergnügungskasse wird sich in nächster Zeit in einen festen Verein umwandeln. Die Ausarbeitung eines Statuts ist bereits in Angriff genommen. Diesem Verein anzugehören ist Recht und Pflicht eines jeden in Listit und Umgegen beschäftigten Kollegen. Wir hoffen, auf diese Weise mehr Zügelung miteinander zu haben und die Nichtverbandsmitglieder unserem Verbands leichter zuführen zu können.

Kollege Gaweßns, welcher sich nur kurze Zeit des Gehilfenstandes erfreute, wurde nach zwölfwöchiger Krankheit am Sonntag den 23. Oktober von sämtlichen Kollegen zu Grabe geleitet. Wdge er in Frieden ruhen.

Kiel. Auf der Tagesordnung unserer Versammlung vom 18. Oktober stand: 1. Besprechung über die Gründung einer Invaliden-Unterstützungskasse; 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell; 3. Eingegangene Schreiben und Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Mitglieds A. Wörlich gedacht und demselben die Ehrung durch Erheben von den Sihen gebracht. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung wurde lebhaft debattirt und dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Zahlstelle Kiel beschließt in der heutigen Versammlung: Der Zentralvorstand möge in Gemeinschaft mit dem Verbandsauschuß Untersuchungen anstellen, inwieweit den bereits gemachten Vorschlägen bezüglich des Unterstützungswesens innerhalb des Verbandes Rechnung getragen werden kann, ohne die Verbandskasse allzu sehr zu belasten, indem die Kollegen der Zahlstelle Kiel der Ansicht, resp. der Ueberzeugung sind, daß sie noch unserem Verband fernstehenden Kollegen und Kolleginnen nur durch ein umfassendes Unterstützungswesen für unsere Verbandsorganisation gewonnen werden können.“ Die in der Nummer 40 dieser Zeitung gemachten Vorschläge wären durchführbar. D. Red.) Beim dritten Punkte der Tagesordnung wird ein Schreiben vom Verbandsvorstand, betreffend finanzielle Unterstützung der in Wien im Auslande befindlichen Kollegen und Kolleginnen bekannt gegeben und stellt Kollege Rindfleisch den Antrag, 10 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen und eine Sammelliste in sämtlichen Werkstätten zirkuliren zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem ist von Kollege Hohn ein von vielen Seiten unterstützter Antrag gestellt worden, betreffend ein in diesem Winter abzuhaltenes Weihnachts- oder Sylvestervergügen. Es wurde der Antrag auf die nächste Versammlung verschoben, da wir erst die Quartalsabrechnung, bezw. das Ergebnis derselben ersehen müssen.

Berlin. Am Dienstag den 25. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle des Verbandes ihre ordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Vorschläge zur Ergänzung der Ortsverwaltung; 3. Vorschläge zur Rechtschutzkommission; 4. Verlegung der Bureaustunden; 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Mitglieder auf die

von Berliner Hochschullehrern eingerichteten vorkursmässigen Kurse hingewiesen, zu welchen gegen Hinterlegung von 60 Pf. und Bezeichnung der gewünschten Kurse Kollege Brüdner die Karten zu besorgen übernimmt. Ferner wurde den Anwesenden die am Donnerstag den 27. Oktober bei Keller stattfindende öffentliche Versammlung zur Kenntniß gebracht, in welcher das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern bekannt gemacht werden soll. Nunnmehr gab Kollege Brüdner den Geschäftsbericht. Darnach wurden im dritten Quartal 1 ordentliche Generalversammlung und 4 Mitglieder- versammlungen abgehalten. Die Bevollmächtigten er- lebigten ihre Arbeiten in 1 kombinirten Sitzung, sowie 9 engeren Sitzungen. Hieran schloß sich ein kurzer Bericht über die Thätigkeit der Vertrauensleute der Leder- maaren- und Kuruspapierbranche; erstere hielten 22 Werk- stuben-, 2 Delegirtenstungen, 1 Branchenversammlung, sowie 2 Bezirkerversammlungen im Norden ab. Die Vertrauensleute der Luruspapierbranche hielten 3 Dele- girten- und 2 Werkstubenstungen ab. Ein Bericht der Kontobuchbranche lag nicht vor. Der Mitglieder- bestand betrug am Schluß des zweiten Quartals 1249 männliche, 655 weibliche = 1904 Mitglieder. Gestrichen wurden 160 männliche, 130 weibliche Mitglieder; es bleibt am Schluß des dritten Quartals ein Mitglieder- bestand von 1262 männlichen, 675 weiblichen, zusammen 1937 Mitgliedern, also eine Zunahme von 33 Mit- gliedern. — Hierauf gab Kemser den Kassenbestand wie folgt: Die Abrechnung für die Zentralkasse hat eine Einnahme von 6154,30 Mk., eine Ausgabe von 2206,21 Mk. aufzuweisen; an die Zentralkasse wurden 3948,09 Mk. abgeführt. Die Einnahme für die Lokal- kasse belief sich auf 1244,49 Mk., die Ausgabe auf 1343,38 Mk. Der Bestand vom zweiten Quartal betrug 1952,69 Mk., mithin ist am Schluß des dritten Quartals ein Bestand von 1853,80 Mk. zu verzeichnen. Dem Kassier wurde einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht der Bibliothekskommission unterbreitete Fräulein Dypkenowky folgenbermaßen: Einnahme wie Ausgabe stehen sich mit 42,40 Mk. gegenüber. Der Bücher- bestand betrug am Schluß des zweiten Quartals 619 Bände, am Schluß des dritten Quartals 644 Bände, welche 420 Mal von männlichen, 205 Mal von weib- lichen Mitgliedern ausgeliehen wurden. Die Bibliotheks- kommission wurde gleichfalls entlastet. Den Bericht für den Arbeitsnachweis gab Kollege Bergmann:

Table with 4 columns: Branchen, Arbeitslos gemeldet (männl., weibl.), Verlangt wurden (männl., weibl.), Eingestellt wurden (männl., weibl.). Rows include Buchbindererei, Leder- und Papiergalanteriebranche, Luruspapierbranche, Kartonbranche, Diverse Branchen, Vom zweiten Quartal übernommen, and a summary row.

Ferner wurden zur Aushilfe bis zu 1 Tag 213 männliche, 2 weibliche, bis zu 2 Tagen 4 männliche, bis zu 7 Tagen 1 männliche und 2 weibliche Personen verlangt. Eingestellt wurden zur Aushilfe bis zu 1 Tag 198 männliche, 2 weibliche, bis zu 2 Tagen 4 männliche, bis zu 8 Tagen 2 männliche, 2 weibliche Personen.

Unter den eingelaufenen Stellen waren von außer- halb gemeldet 17 (darunter aus dem Auslande 3), 6 davon konnten besetzt werden (darunter London und Bern).

Einem Beschlusse der vorigen Versammlung zufolge erstattete Kollege Christian die spezialisirte Abrechnung vom Sommerfest 1898, welche auf die Ausstellungen an einzelnen Posten seitens Kollegen J. Krause eine lebhafteste Debatte zur Folge hatte. Die Gesamteinnahme betrug 1298,85 Mk., die Ausgabe 731,14 Mk. und der Ueberschuß 567,71 Mk. Der Vergnügungskommission wurde nachträglich Decharge erteilt. Zum folgenden Punkt der Tagesordnung wurde zum stellvertretenden Bevollmächtigten Kollege B. Hoffmann, zum Protokoll- führer Kollege Gerhardt bestimmt. An Stelle des bis- herigen Baubevollmächtigten M. Hoffmann wurde Kollege C. Schulze gewählt. Die Rechtschutzkommission wurde aus den Kollegen Bergmann, Duff, C. Schulze, Kemser und Zander gebildet. Schließlich wurden die Kollegen Schmitz, Springler, Braun, Körner, Nemo und Engel zu Hilfskassieren gewählt. Ein Antrag der Bevoll- mächtigten, die Bureaustunden auf 8 1/2—1 und 3 1/2

bis 7 Uhr. zu verlegen, wurde angenommen; ein weiterer Antrag, den Bureauangestellten eine Gehaltsaufbesserung von 1,50 Mk. pro Woche und pro Jahr eine Woche Urlaub zu gewähren, zog einen Antrag des Kollegen W. Conrad nach sich, welcher die Gehaltszulage auf 3 Mk. pro Woche erhöht wissen will. Nach lebhafter Debatte, an welcher sich die Kollegen Conrad, Spitzner, B. Hoffmann, Scherwat, Weinschild, Baer und Andere beteiligten, wurde der Antrag W. Conrad mit 152 gegen 20 Stimmen, der zweite Teil des Antrages der Bevollmächtigten betreffs Urlaubsgewährung bei vollem Gehalt mit großer Majorität angenommen. Beschlossen wurde ferner, die Zahlstellen Wertmann (Sebastianstr.) und Kiting (Wellenaltancestr.) eingehen zu lassen. Schließlich wurde ein Antrag der Bevollmächtigten, die Hilfsstättler, um regelmäßiges Abrechnen zu ermöglichen, unter Wegfall der üblichen Mantomarken pro Quartal und Person zu entschädigen, abgelehnt.

Berlin. Donnerstag den 27. Oktober fand bei Keller, Kopenstraße 29, eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Personen statt. Kollege Bytomski gab den Bericht über das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere Stellungnahme dazu. Er führte aus:

Am vergangenen Montag verhandelten wir mit der Kommission der Arbeitgeber, welche sich Anfangs in keine Verhandlung einlassen wollten. Erst nach weiterer Aussprache erklärten sich die Herren bereit, den Leipziger Tarif anzuerkennen, aber mit Einschluß der Arbeiterinnen. Darauf konnte unsere Kommission nicht eingehen, sondern wir betonten, wenn den Arbeitgebern daran liege, die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen, müßten sie auf unsere Forderungen eingehen. Dann handelte es sich im Wesentlichen um den Termin zur Einführung des Leipziger Tarifs. Wir wünschten schon am 1. November der Einführung stattzugeben, die Herren Unternehmer wollen es jedoch erst am 1. Januar 1899 thun. Wir machten dann den Kompromißvorschlag, daß für ältere kalkulierte Arbeiten der Preis noch bestehen bleibe, aber mit dem 1. Dezember der neue Tarif gezahlt werden solle. Auch hierauf erklärten die Arbeitgeber, nicht so weitgehende Befugnisse zu haben. Sollte die heutige Versammlung damit einverstanden sein, daß am 1. Januar 1899 der Tarif eingeführt wird, so versichern die Arbeitgeber aufs Wort, den Tarif von da ab anstandslos anzuerkennen; im Nichtfalle müßte am Montag den 31. Oktober in eine neue Verhandlung eingetreten werden. Die Arbeitgeber sind bereit, keine Arbeiten von benjenigen Unternehmern fertigstellen zu lassen, die den Tarif nicht anerkennen. Mit der Einführung des Tarifs sollte auch gleich eine Karenzzeit in Kraft treten, welche bis zum 1. August 1900 dauern soll.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bergmann, Spitzner, Brückner, Eberhard, Konrad, Ludwig, Völfler und Schneider. Da die günstige Konjunktur zum 1. Januar vorüber sei, sind die Redner der Meinung, daß wir schon jetzt etwas erreichen müssen. Es scheint, als ob die Unternehmer die Sache auf die lange Bank schieben wollen.

Nachdem noch mehrere Kollegen betreffs des zur Einführung bestimmten Termins gesprochen haben, gelangte folgende Resolution mit großer Majorität zur Annahme:

„Die am 27. Oktober 1898 in Kellers Festsaal tagende Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt den Bericht der Ortsverwaltung über die stattgefundenen Verhandlungen entgegen.

Die Versammelten bebauern, daß der Termin zur endgültigen Einführung der gewünschten Akkordpreise für männliche Akkordarbeiter nach dem Leipziger Tarif nicht nach ihrem Wunsche am 1. November in Kraft treten soll. Dieselben nehmen weiter Kenntniß von dem Vorschlag des Arbeitgeberverbandes, die Preise zum 1. Januar 1899 definitiv einführen zu wollen.

Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung nochmals, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden, um auf die Einführung am 1. Dezember zu dringen.“ Weil die Zeit zu kurz bemessen ist, wurde folgender Wanderungsantrag abgelehnt:

„In den Werkstätten, wo am 3. November keine bindende Erklärung abgegeben ist, daß der Tarif vom 1. Dezember eingeführt wird, verpflichten sich die Anwesenden, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür einzutreten.“

Kollege Schneider beantragt, keine Tarifbestimmung zu begeben. Die Kollegen Bytomski und Spitzner

treten diesem Antrag entgegen. Nach einer Begründung des Antragstellers wurde der Antrag angenommen.

Bergmann giebt bekannt, daß in nächster Woche wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, in der wahrscheinlich Kollege Kloth aus Leipzig spricht. Außerdem bittet er, für die streikenden Wiener und unseren Widerstandsfonds eifrig Gelder zu sammeln. Mit einem Hoch auf die Buchbinderbewegung schloß die Versammlung.

Leipzig. Ein faulerer Verbandskollege scheint der Buchbinder Eduard Gustav Reuter, geb. 22. Okt. 1848 zu Erfurt, zu sein.

Eine hiesige Firma suchte für eine Buchbinderei in Minden i. W. mehrere Buchbinder und wandte sich deshalb an den hiesigen Arbeitsnachweis des Verbandes. Obgenannter Herr wurde — „froh, daß er arbeiten könnte und wolle alles machen“ — mit angenommen, bekam hier die Fahrkarte bis Minden, kam auch dort an, aber in welchem Zustand.

Sein erstes Verlangen war Vorfuß und — dann kam er nicht wieder. — Bei der hiesigen Firma, die den Betreffenden angenommen, liegen bis heute, nach über acht Tagen, dessen Papiere: Mülltaffel, Verbandsbuch u. s. w. — Der zc. Reuter hat zuletzt in Berlin und zwar im August zwei Wochenbeiträge entrichtet. Auf das Schädigende solcher Handlungsweise für den Arbeitsnachweis will ich nicht eingehen, der Zentralvorstand mag von diesem Notiz nehmen und das Nöthige veranlassen, vielleicht wird nächstens ein Mitgliedsbuch als „verloren“ gemeldet. A. F.

Darmstadt. Die hiesigen Kollegen fühlten das Bedürfnis, hier nochmals eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen mit einem auswärtigen Referenten. Diesem wurde entsprochen, indem Kollege Kloth auf seiner Agitationstour auch hier am Freitag den 28. Oktober referierte. Die Versammlung wurde Abends 7/10 Uhr von unserem Bevollmächtigten Kollegen Breuer eröffnet. In einer kurzen Einleitung bebauerte dieser den so schlechten Besuch der Versammlung und erklärte, daß auch hier wieder die faulen Ausreden der indifferenten Kollegen durch ihr Fernbleiben von der Versammlung zu nichte würden. Hierauf ergriff Kollege Kloth das Wort zu seinem Referat „Von Kampf zum Sieg“. Redner führte uns nun in voller Klarheit die einzelnen Entstehungsformen der Organisation vom Patrizierthum bis heute vor Augen. Er erklärte uns, wie die Handwerker früher in geschlossenen Reihen und wenn's Noth that mit Kampf und Tod für ihre menschlichen Rechte eintraten; und gerade so wie diese sollten auch wir, wenn auch nicht mit Kampf und Tod, so aber doch mit Entschlossenheit und Einigkeit unserem Ziele entgegenstreben, das wir uns gesetzt haben. — Es würde zu weit führen, die einzelnen Ausführungen wieder zu geben, ein jeder der Kollegen, welcher Kollegen Kloth sprechen hörte, wird von der Klarheit seiner Ausführungen überzeugt sein und so fand der Vortrag denn auch bei den hiesigen Kollegen ein gutes Ohr. Nachdem Kollege Kloth seine etwa einflüßige Rede geschlossen, forderte der Vorsitzende Kollege Breuer die noch Fernstehenden, von welchen leider nur zwei erschienen waren, auf, sich dem Verbands anzuschließen. An der darauffolgenden Diskussion beteiligte sich Kollege Heiler, indem er die Kollegen nochmals zu gemeinsamem einigen Handeln aufforderte. Inzwischen war folgende Resolution eingegangen: „Die heute im goldenen Pfau stattfindende allgemeine Buchbinderversammlung sieht den Zweck und Nutzen des Referats ein und wird alle Hebel in Bewegung setzen und den Muth nicht sinken lassen, um die indifferenten Kollegen dem Verbands zuzuführen, auch dem Vortrag durch Kampf zum Sieg gerecht zu werden.“ Diese Resolution fand Annahme. Nach einem zündenden Schlusswort des Kollegen Kloth schloß Kollege Breuer kurz vor 12 Uhr die Versammlung, welche uns wenigstens wieder zwei Mitglieder zugeführt hat. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß wenn mehr Kollegen anwesend gewesen wären, wir mehr Erfolg erzielt hätten. G. B.

Dresden. Am 29. Oktober tagte hier eine öffentliche Buchbinderversammlung. Tagesordnung: „Die Veröffentlichung der wegen Nesten Gestrichenen“ und „Gewerkschaftliches“. Kollege Jemrich führt zum ersten Punkt aus, daß der Antrag nicht neu sei, schon voriges Jahr sei er einmal gestellt worden. Es ist ein Standal, daß wir in den drei verfloffenen Quartalen allein 120 Mitglieder wegen Nesten streichen mußten, eine solche Nummerei kann nicht so weiter gehen und will man durch diesen Antrag an das Ehrgefühl der Kollegen appellieren. Gerade ein Theil derjenigen Kollegen, welche sich bei jeder Gelegenheit mit „organisiert“ brüsten und

mit den thätigen Kollegen in näherer Beziehung stehen, sind oft die faulsten Zahler. Werden sie gestrichen, so scheuen sie wohl bei der Wiederaufnahme das doppelte Eintrittsgeld nicht, lassen aber sonst die Dinge wieder ihren Lauf gehen. Daß dadurch der Verband durch Ausfall der Beiträge eine bedeutende Einbuße erleidet, dürfte wohl Jedem klar sein. Hier muß etwas geschaffen werden. Redner sieht keinen anderen Ausweg und bittet, diesen Antrag zu unterstützen.

Mahlwald und Häsel versprechen sich durch Veröffentlichung der Namen, in der Versammlung sowohl als in der Zeitung, keinen Erfolg, befürworten aber, das Vertrauensmännersystem weiter auszubauen. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, die Beiträge allwöchentlich einzukassiren, und ist dadurch nicht bloß das erreicht, daß die Restanten stets an ihre Pflicht erinnert werden, sondern es ist auch stets in jeder Werkstube einer, der für den Beitritt zum Verband agittirt; das kann uns nur förderlich sein und auß Wärmste empfohlen werden. Nöthte untertheilte drei Kategorien von Restanten: 1. die älteren, verheiratheten Kollegen, 2. solche, welche mit den Zielen des Verbandes noch nicht so recht im Reinen sind, und 3. endlich diejenigen, welche sich durch Zwang in einer Werkstube aufnehmen lassen. Bei sämmtlichen Restanten trage aber nur die Säumigkeit im Bezahlen der Beiträge, welches durch wochenlanges Anhäufen schwer fällt, die Schuld. Er macht den Vorschlag, die Zeitung, mit welcher eine nie zu unterschätzende Agitation betrieben werden kann, jede Woche auszutragen; es erwächst den Austrägern zugleich die Pflicht, auch die Beiträge mit einzukassiren. Geht es bei anderen Organisationen, warum soll es bei uns nicht gehen? So schließt Redner. Dürr tritt für eine freiwillige Einkassirung der Beiträge unter den Kollegen selbst ein, wie es in Nürnberg der Fall ist, wo man damit gute Erfahrungen gemacht hat. — Ein bestimmter Beschluß wurde in dieser Sache noch nicht gefaßt und sollen in der nächsten Versammlung weitere Vorschläge gemacht werden. Der Antrag selbst wurde einstimmig verworfen.

Es wurde nun zur Neuwahl zweier Vertreter in den Verein „Zentralkommission“ geschritten. Aus derselben gingen die bisherigen Vertreter, Kollegen Schloffer und Nöthke, hervor. — Lange macht auf den großen Streit der Wiener Kollegen aufmerksam; man soll nicht bloß mit Genugthuung davon in der Zeitung lesen, sondern auch jederzeit bereit sein, die kämpfenden Brüder zu unterstützen, denn ihr Erfolg ist auch der unsrige. Da man auch hier bestrebt ist, die Kollegialität durch Ausflüge und gemüthliches Beisammensein zu fördern, so werden die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, recht oft daran theilzunehmen. D.

Fechenheim. Am Mittwoch den 26. Oktober fand im Gasthaus zum Adler dahier eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und Portefeuilleer statt, in welcher Kollege Kloth aus Leipzig referierte. Leider war die Versammlung, angesichts des trefflichen Referats: „Durch Kampf zum Sieg“, so schwach besucht. Redner gab ein Bild von dem Kampf ums Dasein, wie sich solcher in der Natur wie auch in der menschlichen Gesellschaft zeigt. Er schilderte die Kämpfe der Gesellensvereine im Mittelalter und der englischen Trades Unions, und wies an vielen Beispielen nach, wie unser Verband mit Erfolg für die Kollegenschaft gearbeitet und was er schon errungen hat. Im Weiteren schilderte er die Schäden in der Portefeuillebranche, die Ueberzeit- und Heimarbeit, und schloß mit einem kräftigen Appell an die fernstehenden Kollegen, sich unserem Verband anzuschließen. Die Aufnahmelisten ergab drei Aufnahmen. Friedr. Helm.

Karlsruhe. Am Samstag den 22. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: Geschäfts- und Kasienbericht; Wahl eines Schriftführers; Bericht vom Gautag. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Im verfloffenen Quartal fanden statt vier Mitgliederversammlungen, eine Generalversammlung und eine Vorstandsstung. Der Besuch der Versammlungen war zwar kein schlechter, jedoch sind es immer dieselben Kollegen, welche anwesend sind, während andere sich gar nicht blicken lassen; letztere sind meistens resignirende Kollegen, welche wir hier am Orte leider in erschreckend großer Zahl haben, aus welchem Grunde wir uns auch genöthigt sehen, vier der meist resignirenden als Mitglieder zu streichen, es sind dies die Kollegen Leiner, Straub, Kochenbörfer und unser früherer Kassier Holoß! — Mühen sich das alle übrigen mit den Beiträgen noch rückständige Kollegen als ernste Mahnung dienen lassen, und sobald als möglich ihre schuldigen Beiträge be-

zahlen. Unsere Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Quartals 34, darunter 8 Neuaufnahmen und 5 Zugelegte; abgereist sind 5, wegen Kesten gestrichen 4 Kollegen, mithin haben wir einen Mitgliederbestand von 30 Kollegen zu verzeichnen. Der Kassenbericht, welchen Kollege Krefel gab, lautet: Verbandskasse: Kassenbestand 20,73 Mk.; Eintrittsgelder für 7 männliche Kollegen à 50 Pf. gleich 3,50 Mk., eine Wiederaufnahme 1 Mk., 311 Beiträge à 35 Pf. = 108,85 Mk., zusammen 134,08 Mk. Veräußerung wurden für Arbeitslosenunterstützung 46,50 Mk., 20 Prozent der Beiträge zur Bestreitung örtlicher Ausgaben 21,97 Mk., abgesetzt an die Verbandskasse 50 Mk., am Orte behalten 15,31 Mk., ergibt zusammen 134,08 Mk. Nachdem Bücher und Kassen von den Revisoren als richtig befunden waren, wurde dem Kassier für seine prompte Kassenführung, welche bei der nachlässigen Beitragsleistung seitens vieler Kollegen äußerst erswert wird, einstimmig Dankerkl. Zum Punkt 3 wurde als Schriftführer Kollege Garsch gewählt. Unter Verschiedenes fanden noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

München. Die hiesige Zählstelle hielt am 22. Okt. ihre dritte Quartalsversammlung ab. Der Vorstandsbericht zeigte, daß trotz der Sommermonate, in welchen die Kollegen gewöhnlich ihre Erholungsurlaube erhalten und anzutreten pflegen, ein noch ziemlich reges Vereinsleben herrschte, und war der Besuch der vier Mitglieder- versammlungen und der öffentlichen ein guter zu nennen. In letzterer hielt der Münchener Arbeitersekretär Herr Kimm ein der Zeit entsprechendes Referat über die Zwangsinnungen. Er vertrat sich in demselben über Zweck und Ziel dieses neuen, das Handwerk zu retten bestimmten Gesetzes und über die notwendige Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft dazu.

Durch das erfreuliche Ansiedelwerden einer neuen Zählstelle in Kaufbeuren verringerte sich unser Mitgliederbestand um 17, doch wurde dieser Verlust theils durch Neuaufnahmen, theils durch Zureisende schon wieder ersetzt, so daß die Münchener Zählstelle am Schlusse des dritten Quartals 174 männliche und 41 weibliche Mitglieder zählt. — Der Kassenbericht des Kassiers ergab eine Einnahme von 682 Mk. und wurden nach Abzug der Kasse- und Arbeitslosenunterstützung, sowie der Prozente für die Lokalkasse an die Verbandskasse 355,37 Mk. abgeführt. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen (inkl. Kassenstand vom zweiten Quartal) 640,58 Mk., während 230,71 Mk. verausgabt wurden. — Die Bibliothek, die nun auf 445 Bände angewachsen, wurde von 81 Kollegen und 6 Kolleginnen benützt, eine sowohl für Mitgliederbestand wie für Inhalt der Bibliothek viel zu geringe Quantität.

Erfreulicherer läßt sich vom Arbeitsnachweis melden. Durch an die gesamte Meisterchaft des fünften Gauces gesandte Zirkulare, in welchen wir auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam machten, erreichten wir eine Anzahl Zuschriften von Meistern, namentlich aus kleineren Orten. Diefelben stellen jedoch beart kleine Löhne in Aussicht (4 bis 6 Mark wöchentlich, selten darüber, bei Kost und Logis im Hause), daß wir schwer Kollegen bestimmen können, solche Stellen anzunehmen. Und doch sollten sich behufs Agitation die Kollegen hierzu bereit erklären, allerdings Opfer, die zu schätzen wären. Ferner macht sich hierorts ein Mangel an geübten Falzerinnen geltend, da vielfach den Wünschen nach solchen nicht nachgekommen werden kann. Die Kollegenschaft selbst sollte sich verpflichtet halten, ihr Möglichstes zum Ausbau unseres Arbeitsnachweises beizutragen, und dies läßt sich erreichen durch pünktliches An- und Abmelden, durch sofortiges Inkenntnissetzen erledigter Stellen, durch Aufmerksammachen ihrer Meister und unorganisierten Kollegen und Kolleginnen. Schon durch einen gut funktionierenden Arbeitsnachweis lassen sich geregeltere Arbeitsverhältnisse herbeiführen und das lästige, unwürdige Umfliehen nach Arbeit abschaffen.

Als weiterer Punkt stand auf der Tagesordnung der Streik der Wiener Kollegen. Nach einigen einleitenden Worten eines Kollegen über die Wiener Verhältnisse und Geschichte und Stand des Streiks wurde den Wiener Kollegen die wärmste Sympathie zu ihrem Kampfe um eine menschenwürdiger Existenz ausgesprochen. Zur materiellen Unterstützung wurden 50 Mark aus der Lokalkasse bewilligt, ferner beschlossen, für die Dauer des Streiks eine wöchentliche Extrasteuern von 10 Pfennig zu erheben. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß trotz der Bierspachtigkeit in Oesterreich ein solcher Streik in Szene gesetzt werden kann, ein Beweis, wie bilden und aufklärend die Organisation wirkt. Die Leidenschaften des Nationalitätenstreits verlieren ihre Schärfe und verschwinden schließlich ganz, die Erkenntnis,

auch Mensch zu sein, ein besseres Dasein zu verdienen, Anspruch zu haben auf Bildung, Aufklärung und bessere Unterhaltung (Lektüre, Theater) greift Platz und darum sind die Wiener Kollegen in ihrem schweren Kampfe, der zugleich ein geistiger ist, in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Eingefandt.

In Kassel existiert die Buchbindereifirma Stübing, vormals Messing. In diesem Geschäft paßt es, daß ein Gehilfe mit 6 Mk. Wochenlohn bei Kost und Logis eingestellt wird, er müsse jedoch — wenn es einmal vorkommt, wie Herr Stübing sagt — einige Ueberstunden machen. Ueberstunden kommen nun aber fast regelmäßig vor, und zwar erstrecken sich dieselben bis spät Abends 11 und 12 Uhr. Will der Gehilfe hierfür Extraentschädigung, dann meint Meister Stübing: „Ja, wer bezahlt denn mir meine Ueberstunden?“ — Den Gehilfen wird auch zugemutet, in einer Vorkammer, wo Wäsche und allerlei Gerümpel untergebracht ist, zu schlafen und die Schlafstätte mit den Lehrlingen zu theilen. Die armen Lehrlinge müssen von Früh 6 Uhr bis Nachts oft 12 Uhr arbeiten, kommen dieselben dann Morgens verspätet an die Arbeit, so müssen sie harte körperliche Bückigung als Strafe annehmen. Wer an solchen Zuständen Gefallen findet, gehe dorthin. Einige Eingeweihte.

Verschiedenes.

* Das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. wird mit dem 1. Januar n. J. seine Thätigkeit beginnen. Als Sekretäre wurden Paul Kampfmeyer-Berlin und Graf-Frankfurt a. M. gewählt.

* Der zweite Bevollmächtigte des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, zugleich erster Vorstandsber der Hamburger Filiale des Verbandes, Heinrich Dienau, wurde verhaftet. Er ist gefählig, seit Juni d. J. bis jetzt, wahrscheinlich aber auch schon früher, verschiedene Unterschlagungen begangen zu haben. So hat er aus der Abtastungskasse 332,32 Mk., aus der Verbandskasse 235,86 Mk., und von den für die streikenden Bäcker gesammelten Gelbern 58,90 Mk., ferner der Kasse des Gewerkschaftstarets 11,50 Mk. veruntrent.

* Gute Geschäfte machen die Aktionäre der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart. Sie erhalten für das abgelaufene Geschäftsjahr 9 1/2 Prozent Dividende gegen 9 Prozent im Vorjahr. — Die Rheinische Aktiengesellschaft für Papierfabrikation in Neuß zahlt wie im Vorjahr 9 Prozent den nicht mehrlebenden Aktionären. — Die Dresdener Papierfabrik kann wie im Vorjahr 8 Prozent zahlen, nachdem an Abschreibungen 40 000 Mk., für Lantienen 22 261 Mk. und zur Dotirung des Reservefonds 5000 Mk. vom Reingewinn abgerechnet waren. — Nur 6 Prozent erhalten die Aktionäre der Schlesischen Cellulose- und Papierfabrik Aktiengesellschaft Cunnersdorf. Bei schlankem Absatz waren sämtliche Abtheilungen der genannten Fabriken flott beschäftigt. Zur Erweiterung des Unternehmens ist die Papierfabrik von Schumann und Winkler in Jannowitz i. Schl. angekauft worden, wodurch die Gesellschaft in den Stand gesetzt wird, die gesammte Produktion an Cellulose fortan im eigenen Betrieb zu verarbeiten. — Die Patentpapierfabrik zu Penzig kann ihren Aktionären mit 9 Prozent aufwarten. Daneben wurden 200 000 Mk. an Abschreibungen und 82 500 Mk. für Lantienen verrednet und 30 000 Mk. dem Erneuerungsfonds überwiesen. — Die „Neue Papiermanufaktur Straßburg-Ruprechtshaus“ arbeitet mit 1,80 Millionen Aktienkapital und 740 000 Mk. Obligationen, erzielte im letzten Geschäftsjahr 201 145 Mk. und vertheilt 5 1/2 Prozent Dividende. — Die Crollwitzer Papierfabrik, Halle a. S., erzielte einen Bruttogewinn von 633 826 Mk., die vielbeschäftigten Aktionäre müssen sich abfragen, wie sie die ihnen zufallenden 24 Prozent Dividende wieder zur Verwendung bringen sollen. — Die Aktiengesellschaft Dorstener Papierfabrik vertheilt 7 1/2 Prozent und begann die Anlage einer Holzschleiferei und Cellulosefabrik, um das benötigte Rohmaterial selbst herstellen zu können. — Die Neusser Papier- und Pergamentpapierfabrik, Aktiengesellschaft, Neuß a. Rh., machte 165 000 Mk. Fabrikationsgewinn und kann 17 Prozent Dividende zur Vertheilung bringen. — Die Aktiengesellschaft Papierfabrik Hegge, Kempen, vertheilt 9 Prozent Dividende. — Die Schlesi-

Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt, Breslau, ist mit einer Million Mark Grundkapital ausgestattet und verzeichnet für das jüngste Geschäftsjahr nach Abführung von 74 236 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 33 834 Mk. Die Aktionäre müssen sich mit 3 Prozent begnügen.

* Die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, welche jetzt dem Bundesrath vorliegt, sieht, wie die „Verl. Pol. Nachr.“ mittheilen, eine Vereinfachung in der Berechnung der Altersrente vor. Es soll als Altersrente künftig neben dem beibehaltenen festen Reichszuschuß von 50 Mk. lediglich der neue Grundbetrag der Invalidenrente gewährt werden. Dieser aber soll nicht mehr, wie es gegenwärtig der Fall ist, für alle Lohnklassen auf den gleichen Betrag von 60 Mk. bemessen, sondern nach Lohnklassen abgestuft werden. Er soll sich fortan belaufen für die Lohnklasse I auf 60 Mk., für II auf 90 Mk., für III auf 120 Mk., für IV auf 150 Mk., für V auf 180 Mk. Sind während der Versicherungsdauer Marken aus verschiedenen Lohnklassen beigebracht, so wird aus diesen Beträgen ein Durchschnitt berechnet. Eine Berechnung nach Beitragswochen soll fortan bei der Altersrente nicht mehr stattfinden.

Die obigen Beträge der Grundrente — welche also fortan neben dem festen Reichszuschuß von 50 Mk. die Altersrente bilden sollen — stehen bei den vier unteren Lohnklassen zu einander in demselben Verhältnis (2 : 3 : 4 : 5) wie jetzt die Altersrente; die neue fünfte Lohnklasse tritt (mit 6) in dieselbe Stufenreihe ein, und diese wird in der Novelle allgemein, auch bei den neuen Steigerungen der Invalidenrente, sowie bei den Beiträgen zu den einzelnen Lohnklassen durchgeführt.

Eine Benachtheiligung der künftig in den Genuss der Altersrente eintretenden Personen wird durch deren anderweitige Bemessung nicht herbeigeführt, vielmehr werden dadurch die Altersrenten allgemein um rund 6 Prozent erhöht.

Die Wartezeit ist für beide Rentenarten heruntersgesetzt; sie beträgt bei der Altersrente bisher: 30 Beitragswochen zu 47 Wochen (1410 Wochen), nach der Novelle: 1200 Beitragswochen; bei der Invalidenrente bisher: 5 Beitragswochen zu 47 Wochen (235 Wochen), nach der Novelle 200 Beitragswochen.

Von einer Herabsetzung der Altersgrenze mußte abgesehen werden wegen der großen Mehrkosten.

* In Antwerpen ist ein Streik der Buchdrucker ausgebrochen, dem sich auch die Buchbinder und Steinbrucker anschlossen. Insgesamt sind 600 Arbeiter ausständig. Der „Lloyd belge“ hat sich mit seinen Sektoren, die auch ausständig waren, geeinigt! Der „Matin“ wird jetzt von den Redakteuren mittels der Schreibmaschinen gesetzt; auch das Antwerpener Theaterblatt „Nephisto“ erscheint auf dieselbe Weise. Alle Ausständigern erhalten ihren Tagelohn aus der Kasse des Syndikats, und angeblich können sie es sechs Monate lang mit ansehen.

* Ein Unterstützungsfonds für Arbeiterinnen, die von den Unternehmern entlassen worden sind, weil sie Fabrik-, Handels- oder Sanitätsinspektoren auf gesetzwidrige Schäden im Betrieb aufmerksam gemacht haben, ist auf Beschluß einer Volksversammlung in London gegründet worden, deren Vorsitz der Bischof von London führte. Frau Tennant, die unter ihrem Mädchennamen, Miß Abraham, bekannte, verdienstvolle ehemalige Fabrikinspektoren, referierte, und legte, an der Hand zahlreicher Beweise aus ihren Erfahrungen, die Notwendigkeit der Gründung solch eines Fonds dar, der hoffentlich bald die gewünschte Höhe von 200 000 Mk. erreichen wird.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 6.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. Zugleich Organ des Verbandes deutscher Gewerbedirigenten. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 5.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns Nr. 22 des 8. Jahrgangs zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Das Protokoll über die Verhandlungen des letzten sozialdemokratischen Parteitagess ist soden in einem 240 Seiten starken gut ausgestatteten Buche er-

schönen. Der niedrige Preis des Werthens (35 Pf., Porto 10 Pf., gebunden 60 Pf., Porto 20 Pf.) ermöglicht es jedem Partigengossen, sich das der Wichtigkeit der Verhandlungen und der Bedeutbarkeit der Beschlüsse wegen unentbehrliche Werthens anzuschaffen. Den genau wiedergegebenen Verhandlungen gehen Programm, Organisationsstatut, die Berichte der Parteiliste und der Reichstagsfraktion, sowie die zum Parteilage gestellten Anträge voraus. Eine Uebersicht über die Ergebnisse der Abstimmungen des Parteilages, Präsenzliste, Sach- und Sprechregister schließen das Buch.

Briefkasten.

N. S. in Magdeburg. Annonce für Verwaltungsstellenvermittlung kam zu spät für vorige Nummer.

M. L. in Berlin. Der Leipziger Tarif kann bezogen werden von Emil Müller, Eisenbahnstraße 128 IV, in Leipzig-Volkmarisdorf.

Wetternde Buchbinder in Berlin. Vorseh- oder Vorsatzpapier? Ist beides richtig; die gebräuchlichste Benennung ist Vorseh. — Kapital oder Kapital? Kapital!

P. W. in Münster. Sehr erfreut über Zuwachs. Grüßende in Frankfurt a. M. Das Gemüthliche hat wohl auch auf guten Zusammenhalt hingewirkt, dann ist durch die Versammlung doch etwas erreicht.

Nach Karlsruhe. Der Nachricht zufolge muß die Anstrengung groß gewesen sein, daher die nachträgliche „Abspannung“.

Für diese Nummer zu spät eingetroffen: Eingekandt aus Leipzig, Bericht aus St. Gallen.

Quittung.

Für die Strelkenden in Wien sind nachstehende Beträge bei Unterzeichnetem zur Weiterbeförderung eingegangen: Berlin 100 Mk., Breslau 15 Mk., Düsseldorf 10 Mk., Erfurt 10 Mk., Freiburg 12,60 Mk., Buchbinder und Buchdrucker Gelsenkirchen 20 Mk., Karlsruhe 10 Mk., Mannheim 7 Mk., Mainz 20 Mk., Nürnberg 30 Mk., Offenbach a. M. 30 Mk., Rosen 6,35 Mk., Straßburg 17,25 Mk., Stuttgart 90 Mk.

Gesamtsumme 1731,70 Mk.

E. Sauerisen.

Adressen der Gau Bevollmächtigten.

Gau I (Vorort Berlin): Karl Schulze, Naumynstr. 66, Duergeb. III, Berlin SO.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Berlin. (Adressen der Vertrauenspersonen: Buchbinderel: Paul Lorenz, Rixdorf, Selchowerstr. 34, S. IV; Frau Moed, Schöneberg, Hauptstr. 138. — Lederwaren und Galanterie: Karl Duff, Rixdorf, Panierstr. 32 v. IV.)

Dortmund. (Adresse des Vertrauensmannes in Gelsenkirchen: Otto Gahmann, Sellhorststraße 1 II.)

Duisburg-Auhorst. (Vertrauensmann für Essen: Fr. Heine, Rettwiger Chaussee 134 c, Rindengut.)

Abänderung im Verzeichniß der Reise-Unterstützungs-Auszahl.

Altona. Z. Friedrich Küster, Neuburg 34 I; von 12—1 und 7—8 Uhr, Sonntags von 1—2 Uhr.

Bielefeld. (Nichtbezugsberechtigte Mitglieder erhalten aus lokalen Mitteln 25 Pf., ausgesteuerte 50 Pf.)

H. fällt fort.

Kaufbeuren. Z. Joh. Foh, Pensionat Wieland, beim Hofbräuhaus; von 12—1 und 7—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr.

H. „Zum goldenen Engel.“

Konstanz. Z. A. H. Gasthaus zur „Walhalla“ (Zentralherberge), Zogelmannstraße 5. Unterstützung zahlt aus Jakob Fris, Abends von 7—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. (Ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten aus lokalen Mitteln eine Schlafmarke.)

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 491] [4,60

Verwaltungsstelle Mainz.

Sonntag den 5. November, Abends 8 1/2 Uhr, im „Dahlberger Hof“, Stadionschloßstraße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenericht.
- 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

Am 27. Oktober verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied und seitheriger Vorsitzender der Verwaltungsstelle Neu-Ruppin

Kollege Rudolf Fiedke

aus Glöben, 35 Jahre alt. Der Verstorbene hat Jahre lang der Kasse als Kassier und Vorsitzender mit Treue und Liebe gedient, bis sein Leiden dies unmöglich machte; wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Zentralverwaltung Die Ortsverwaltung
Leipzig. Neu-Ruppin.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Am 9. Oktober starb unser Mitglied

Georg Jakob Kiehm

aus Zweibrücken, 33 Jahre alt.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Sonnabend den 26. November findet das diesjährige

Herbst-Vergnügen

zum Besten des Fonds für ausgesteuerte Mitglieder im Albertgarten (Leipzig-Anger)

statt. 492] [1,50

Programme sind im Kassenlokal, sowie bei den Vertrauensmännern zu haben.

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Montag den 7. November, Abends halb 9 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75

Mitglieder-Versammlung.

493] Tagesordnung: [2,60

- 1. Die Vorschläge für den Ausbau des Unterstützungswesens.

Referent: Kollege Alb. Bergmann.

- 2. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Der Bevollmächtigte.

Auf Beschluß unserer Generalversammlung vom 25. Oktober d. Js. sind die Geschäftsstunden für unser Bureau wie folgt abgeändert worden:

Vormittags: von halb 9 bis 1 Uhr,

Nachmittags: von halb 4 bis 7 Uhr.

Die Geschäftsstunden für den Arbeitsnachweis bleiben unverändert.

Ein gewandter

Kartonnagen-Buschneider

wird gesucht. Anfragen unter Chiffre-S. H. befördert die Expedition b. Btg. 494z] [1,40

Zahlstelle Hamburg.

Sonntag den 20. November 1898:

XV. Stiftungsfest

verbunden mit **Konzert** und **Ball** unter gefälliger Mitwirkung der

500] „Liedertafel der Buchbinder von 1885“ [4,00

im „Neuen Logenhaus“, Walkerstraße.

Anfang 6 Uhr.

Alle auswärtigen Kollegen sind freundlichst eingeladen!

Der Fest-Ausschuss.

Ortskrankenkasse der Buchbinder etc.

495] **in Berlin.** [4,00

Zum 1. Januar 1899 ist die Stelle des **Reudanten** zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt auf Grund des § 56 des Statuts. Erforderlich ist eine Kaution von 600 Mk.

Gehalt 1800 Mk.

Ebenfalls ist die Stelle des **Krankenkontrolleurs** zu besetzen.

Diese Anstellung erfolgt auf Grund des § 57 des Statuts.

Gehalt wöchentlich 27 Mk.

Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 12. d. M. an den Vorsitzenden **Bernh. Zoff**, Blumenstraße 61 II, zu richten.

Der Vorstand.

! Günstige Gelegenheit für Weihnachten !

Buchbinderei, Buch- u. Papierhandlung

in lebhaftem, feinem Vorort **Dresdens**, ist für den billigen Preis von ca. **6000 Mk.** in Folge anderer Unternehmungen sofort zu verkaufen. Off. erb. an

496z] **P. Mädebach, Dresden.**
Café Jappel, Kreuzerstr. 20. [2,20

Press-Vergolder,
welche in Cartonnagen bereits thätig waren und auch im Farbendruck geübt sind, werden aufgenommen.
Anträge unter Adresse Papierkonfektion **Mary Mill** in Graz, Oesterreich, erbeten. 497.] [3,40

Nebenverdienst
hoher, für **Buch- & Schreibwaarenhandlungen, Buchbinder und Kolporteurs, speziell für Landkundschaft.** [3,00
Prospekte gratis und franko durch den Verlag der
Buch- und Kunstdruckerei
498.] **„Mercur“**
Karlsruhe I. B., Durl. Allee 8.

E. Schneckenburger,
499.] **Gewerkschaftshutmacher,** [2,00
Stuttgart, Rothebühlstr. 14.
Grosses Lager in allen Sorten Hüten.
Zur gefl. Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag Mittag der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Mittwoch früh Berücksichtigung finden.